

Der lange Weg zur Gemeinde Schwalmtal

von Karl-Heinz Schroers

Durch die kommunale Gebietsreform der 1960er und 70er Jahre in Nordrhein-Westfalen entstand die Gemeinde Schwalmtal. Der Weg dahin war lang, nicht immer einfach und vollzog sich in Etappen. Manchmal waren die Beziehungen zu den Nachbarn etwas angespannt, dann wollte man wieder nicht mit einander reden, aber meistens war es doch ein friedliches Miteinander, das die Bewohner von Amern St. Anton, Amern St. Georg, Dilkrath, Lüttelforst, Kirspelwaldniel und Waldniel trotz aller Eigenheiten pflegten. Es sei denn, ein Junge wollte gerade das hübscheste Mädchen aus dem Nachbarort für sich gewinnen. Dann konnte es unter den jungen Burschen auch schon mal etwas handfester zugehen.

So gesehen gehörten die sechs eng bei einander liegenden Gemeinden eigentlich schon immer irgendwie zusammen. Und seit gegen Ende des 13. Jahrhunderts unsere Region vom Geschlecht der Grafen von Kessel an die Grafen von Jülich ging legen auch einige Urkunden Zeugnis hierüber ab. Zur besseren Verwaltung ihrer Ländereien hatten die Jülicher Herren ihre verstreut liegenden Besitzungen in so genannte Ämter zusammengefasst, denen mehrere „Orte“ unterstellt waren. Und so gehörte das Gebiet der heutigen Gemeinde Schwalmtal als „Waldnieler Ort“ von 1305 bis 1801 zu dem Jülicher Amt Brüggen.

Die Rechtsverfassung und damit die Gerichtsbarkeit war im ganzen Jülicher Land gleich. Um die Mitte des 16. Jahrhunderts gab es im Amt Brüggen neun Gerichte oder Dingstühle, einer war der Dingstuhl von Waldniel. Im kath. Pfarramt Waldniel gibt es eine Urkunde aus jener Zeit, die den genauen Grenzverlauf für den Gerichtsbezirk des Waldnieler Dingstuhls beschreibt und dabei fast die Grenzen der heutigen Gemeinde Schwalmtal aufzeichnet. Zu jener Zeit gehörten zu jedem Dingstuhl im Amte Brüggen, also zu jedem Gericht, sieben Schöffen. Zum Waldnieler Gericht gehörten drei Schöffen aus Waldniel, zwei aus Amern und je ein Schöffe aus Dilkrath und Lüttelforst.

Lüttelforst und Kirspelwaldniel wurden zunächst vom Waldnieler Bürgermeister in Personalunion mitverwaltet, waren aber selbstständige Gemeinden mit eigenem Steueranschlag, eigenem Kataster, eigenem Haushalt und eigenen Schöffen oder Gemeindeverordneten. Doch trotz dieser gewissen Eigenständigkeit konnten sich die Kirspeler nicht mit ihrer Situation anfreunden und versuchten immer wieder, auch einen eigenen Bürgermeister zu bekommen.

Während der so genannten Franzosenzeit¹ verfügte die Departementsverwaltung in Aachen mit Datum vom 30. Dezember 1799, dass Kirspelwaldniel von Waldniel getrennt werden und eine eigenständige Bürgermeisterei bilden solle. Die jetzige Gemeinde Waldniel „soll von heute ab in zwei Bürgermeistereien geteilt werden. Die unter dem Namen Bourg Waldniel soll die Gemeinde gleichen Namens umfassen und Lüttelforst. Die andere Bürgermeisterei unter dem Namen Kirspelwaldniel soll diese Gemeinde umfassen.“

Nach dem Ende der Franzosenzeit gab es zuerst einen Namenswechsel. 1815 strichen die Waldnieler aus dem französischen Wort „bourg“ das „o“ und nannten sich ab da Burgwaldniel. Und 1823 gab es dank der preußischen Regierung wieder eine Personalunion in der Verwaltung der beiden Bürgermeistereien. Kirspelwaldniel behielt zwar weiterhin wie früher eine

¹ 1794 bis 1814

gewisse Selbstständigkeit, unterstand aber wieder dem Bürgermeister aus dem ungeliebten Burgwaldniel. Als Burgwaldniel dann auch noch einige Rechtsstreitigkeiten gegen Kirspelwaldniel gewann, war das für die Kirspeler wie ein weiterer Schlag ins Gesicht.

Mit aller Macht wollten sie wieder eine Trennung von Burgwaldniel, und mit der Einführung der Landgemeindeordnung für die Rheinprovinz und der Anstellung von Berufsbürgermeistern gelang dies 1851 wieder: Man wählte den Dülkener Bürgermeister in Personalunion zum eigenen Verwaltungschef. So groß war der Groll auf Waldniel, dass man lieber den weiten Weg nach Dülken auf sich nahm, als sich mit dem ungeliebten Nachbarn zu vertragen. Diese Allianz mit Dülken hielt fast 40 Jahre. Erst die Neubesetzung der Bürgermeisterstelle in Dülken im Jahre 1890 führte zur Auflösung der Personalunion und Kirspelwaldniel präsentierte aus den eigenen Reihen Heinrich Clemens als Ehrenbürgermeister.

Nach langen qualvollen Verhandlungen mit vielen gegenseitigen Vorwürfen und Verdächtigungen der sich immer noch mit vorzüglicher Abneigung liebenden Kirspeler und Waldnieler wurden die drei Gemeinden Kirspelwaldniel, Lüttelforst und Waldniel unter dem Namen „Waldniel“ zum 1. April 1915 zusammen gelegt. Ein wichtiger Schritt Richtung „Schwalmtal“ war geschafft, zwar unbewusst und teilweise ungewollt, aber er war geschafft. Größere Grenzkorrekturen gab es danach auf Waldnieler Gebiet nicht mehr. Zwar hatte Mönchengladbach sich auf dem Verwaltungswege 1938 Teile von Hehler einverleibt, doch diese gingen 1965 an Waldniel zurück. Gleichzeitig wurden einige kleinere Korrekturen im Bereich Leloh vollzogen.

In den beiden Amern und Dilkraath liefen die Dinge wesentlich ruhiger. Während der Franzosenzeit wurde Dilkraath verwaltungsmäßig der Mairie² Amern St. Georg zugeteilt und von dem dortigen Bürgermeister mitverwaltet. Amern St. Anton behielt seinen Bürgermeister, doch etwa ab 1826 wurde die Bürgermeisterei Amern St. Anton kommissarisch dem Bürgermeister von Brüggem übertragen, der dazu auch noch Amern St. Georg mit Dilkraath erhielt. Diese Verbindung endete erst 1851 als mit Johann Wilhelm Wentges wieder ein eigener Amerner Bürgermeister ernannt wurde, der - wie alle seine Nachfolger - für Amern St. Anton und Amern St. Georg mit Dilkraath gleichermaßen zuständig war.

Im September 1927 entschieden die Gemeinderäte von Amern St. Georg und Dilkraath, sich zu einer Gemeinde zusammenzuschließen, weil die kommunalen Lasten für eine kleine Gemeinde wie Dilkraath nicht mehr zu tragen waren. Mit Beschluss des Preußischen Staatsministeriums vom 30.8.1928 wurde diese Entscheidung rechtskräftig. Auch hier ein wichtiger Schritt in Richtung „Schwalmtal“.

Blieben also noch zwei eigenständige Gemeinden auf Amerner Gebiet. Wenige Jahre später, am 27. April 1935 teilte Landrat Odenthal mit, dass er beabsichtige, die beiden Amerner Gemeinden zusammenzulegen. Und nach einigem Hin und Her wurde die Zusammenlegung zum 1. April 1936 zur neuen Gemeinde Amern rechtswirksam. Wenn dies auch in Amern St. Anton nicht unbedingt auf breite Zustimmung stieß, so war dieser Zusammenschluss nicht halb so konfliktbeladen wie der von Waldniel und Kirspelwaldniel. Jetzt gab es auf Schwalmtaler Gebiet nur noch zwei Gemeinden: Amern und Waldniel.

Die Zeit der Nationalsozialisten brachte für Amern noch einige versuchte Namensänderungen. Die der völkischen Ideologie unliebsamen Heiligennamen „St. Georg“ und „St. Anton“ versuchte man durch die alten, schon aus dem 13. Jahrhundert bekannten Bezeichnungen

² Bürgermeisterei

„Oberamern“ bzw. „Unteramern“ zu ersetzen. Heute stehen beide Bezeichnungen wertneutral neben einander.

Mit Wirkung vom 16.12.1939 wurde der Waldnieler Bürgermeister Delissen bis auf weiteres als Kommissar mit der Verwaltung der Gemeinde Amern beauftragt wurde³. Ein weiterer Schritt Richtung Schwalmtal? Wohl eher nicht.

Bürgermeister von Amern war Heinrich Bussmann gewesen, der am 5. Juli 1913 zum Bürgermeister ernannt worden war. Ein Jahr nach seinem silbernen Amtsjubiläum wurde er vom Bürgermeisterposten suspendiert, weil er angeblich Gelder veruntreut hatte. Es folgten Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens, die aber beide eingestellt wurden. Es konnte nie eindeutig geklärt werden, ob Bussmanns Suspendierung mit seinem ablehnenden Verhalten gegenüber den Nationalsozialisten zusammenhing, doch vieles spricht für diese Vermutung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg führten die britischen Besatzer eine neue Gemeindeverfassung mit dualer Verwaltungsspitze (Bürgermeister und Gemeindedirektor) ein. Der erste von der Militärregierung ernannte Bürgermeister in Amern war Dr. Wilhelm Pielen, CDU. Das Amt des Gemeindedirektors erhielt der Gemeindedirektor von Waldniel, Karl Sauerborn, in Personalunion. In der 2. Sitzung der Gemeindevertretung Amern am 8. November 1946 unter Vorsitz von Bürgermeister Dr. Pielen im Beisein von Gemeindedirektor Sauerborn sprach Rats Herr Mathen die Personalunion mit der Gemeinde Waldniel an und betonte, dass dies ein Erbe der Nazis sei und dass Amern wieder eine einheitliche Verwaltungsspitze bekommen müsse. Gemeindedirektor Sauerborn unterstützte das und erklärte dazu, dass es wegen der Vielzahl der Aufgaben in der jetzigen Zeit unmöglich sei, mehrere Gemeinden in Personalunion zu verwalten. Auch Rats Herr Hubert Kampmann wies darauf hin, dass die Zusammenlegung der Gemeindeverwaltungen „in der Nazizeit aus Willkür und Eigennutz“ und nicht im Einverständnis mit der Amerner Bevölkerung erfolgte sei. Dann beschloss der Gemeinderat einstimmig, die mit Waldniel bestehende Personalunion aufzuheben. Dabei wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass sich die Auflösung der Personal-Union nicht gegen die Person des derzeitigen Gemeindedirektors richte⁴.

Gemeindedirektor Sauerborn berichtete am 11. November 1946 entsprechend an den Oberkreisdirektor (OKD) und betonte dabei, die Gemeindevertreter hätten bei dem Beschluss besonders hervorgehoben, dass es sich bei dieser Personalunion um eine Einrichtung der Nazi-Partei-Herrschaft handele und bat darum, die Genehmigung zur Aufhebung dieser Personalunion bei der Militär-Regierung einzuholen.⁵

In der Ratssitzung vom 10.12.1946 stimmte der Waldnieler Gemeinderat der Aufhebung der Personalunion einstimmig zu. Weiter hieß es: „Wenn auch im Interesse der Weiterentwicklung der beiden Gemeinden eine gemeinsame Verwaltung mit dem Endziel eines Zusammenschlusses der Gemeinden Waldniel und Amern wünschenswert wäre, so respektiert die Gemeindevertretung Waldniel doch den frei gefassten Beschluss der Gemeindevertretung Amern.“ Dennoch verzichteten die Waldnieler nicht auf ein brisanten Hinweis: „Die Trennung der beiden Gemeinden kann nicht endgültig bleiben, da wesentliche Gebiete beider Gemeinden eng verwachsen sind und mit beträchtlichen Zipfeln in die Nachbargemeinde hineinragen...Die Gemeinde Waldniel wird in Zukunft nichts unversucht lassen, diesen untragbaren

³ Kreisarchiv (KAV), Bestand KK, Nr. 23170 (Ohne Seitenzahlen)

⁴ ebenda

⁵ ebenda

Zustand zu beheben“⁶. War das nun ein freundlicher, nachbarschaftlicher Hinweis, dringend erforderlich erscheinende Grenzkorrekturen vorzunehmen oder gar eine Drohung? Bereits in früheren Jahren hatte es solche Korrekturen gegeben. So hatte Waldniel 1893 die Sektion Krins⁷ an Amern St. Georg abgetreten und im Gegenzug die Hausermühle erhalten. Und Amern hatte 1927 mit Dülken im Bereich Renneperstraße und Brüggener Hütte sowie 1939 mit Niederkrüchten im Schwalmgebiet einige Korrekturen vorgenommen.

Im Mai 1947 ging Karl Sauerborn in den Ruhestand. Damit endete die Personalunion zwischen Waldniel und Amern. Waldniel wählte Wilhelm Engbrocks⁸ zum neuen Gemeindedirektor, Amern Paul Weeger. Damit hatte Amern einen eigenen Gemeindedirektor und war wieder rundum selbstständig.

Das friedliche Miteinander von Amern und Waldniel wurde erheblich gestört, als im Dezember 1950 in Ungerath und Geneschen II eine Unterschriftensammlung für eine Eingemeindung nach Waldniel begonnen wurde.⁹ Fast drei Jahre lang gingen die Argumente hin und her und auch die vorgesetzten Behörden konnten keine einvernehmliche Lösung erzielen. Waldniel war dafür, Amern natürlich dagegen, denn wer gibt schon gerne freiwillig wesentliche Teile seines Gebietes und zahlungskräftige Steuerzahler wie z.B. die Molkerei Gossens oder die Schloss-Brauerei ab? Letztendlich musste die Amerner Bevölkerung hierüber am 29. November 1953 abstimmen. Die betroffenen Sektionen Geneschen II und Ungerath stimmten mit überwältigender Mehrheit für den Anschluss an Waldniel. Das restliche Amern hielt mit Zähnen und Klauen die abtrünnig gewordenen Sektionen fest und entschied sich mit derselben entschiedenen Mehrheit für das Verbleiben der Sektionen in der Gemeinde Amern. Anwälte wurden eingeschaltet, Gerichte bemüht, doch es half nichts. Am 01. Oktober 1956 trat das „Gesetz zur Änderung der Gemeindegrenze zwischen den Gemeinden Amern und Waldniel, Landkreis Kempen-Krefeld“ in Kraft. Waldniel war um zwei Sektionen größer geworden. Im Gegenzug musste Waldniel eine Abfindung in Höhe von 400.000 DM an Amern zahlen, und zwar in jährlichen Raten bis 1966.¹⁰

Die Gemüter beruhigten sich nur langsam. Zu tief saß der Groll und da halfen auch die Ausgleichszahlungen nicht drüber hinweg. Die Idee einer künftigen Gemeinde „Schwalmtal“ schien damit gestorben.

Doch dann geschah etwas außerhalb des eigenen lokalen Wirkungskreises, was völlig neue und unvorhersehbare Schreckensszenarien heraufbeschwor. Die letzte Rate der Ausgleichszahlung war noch nicht beglichen, da erschien eine allgemeine kommunale Neuordnung in NRW als neues Schreckgespenst am Himmel. Im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung und steigender sozialer Aufgaben war man höheren Orts der Ansicht, dass die Forderungen an die Leistungskraft der Gemeinden in Zukunft immer größer werden würden und kleinere Gemeinden da nicht mithalten könnten. Deshalb sollten durch Neugliederung und Zusammenlegungen leistungsfähige Gemeinden geschaffen werden. Wollte etwa jetzt Dülken seine Finger nach Amern und Waldniel ausstrecken? Oder Mönchengladbach sich Waldniel einverleiben? Sollten vielleicht beide Gemeinden gänzlich aufgesplittert und verschiedenen neu zu bildenden Gemeinden zugeordnet werden?

Angst ging wieder um, jetzt nicht nur in Amern, sondern auch in Waldniel, die Angst vor dem Expansionsbegehren der größeren Nachbarn und auch die Angst vor dem Verschwinden in

⁶ ebenda

⁷ Krinsend

⁸ Wilhelm Engbrocks (*21.11.1904, † 28.9.2003) war Gemeindedirektor von Waldniel von 1947 bis zum 30.11.1969

⁹ KAV, Gemeindearchiv (GA) Amern, Nr. 127, Bl. 10

¹⁰ GVBl. NW vom 20. Juli 1956, Nr. 37, Seite 195

der geschichtlichen Bedeutungslosigkeit. Denn wer wollte schon ungeliebtes Anhängsel einer anderen Stadt werden? Weit ab vom eigentlichen Zentrum und darum vielleicht leicht zu vernachlässigen? Und plötzlich änderte sich alles.

Politische Überlegungen in Bund und Land

In den ersten Nachkriegsjahren hatten die Landesregierungen mit dem Wiederaufbau alle Hände voll zu tun gehabt. Die bis auf die Mauerskelette der Häuser zerstörten Städte mussten wieder aufgebaut werden. Die Menschen brauchten „ein Dach über dem Kopf“ und Zukunftsperspektiven, um die tiefe Depression zu überwinden, die viele erfasst hatte. Wohnraum musste geschaffen werden und eine neue Wirtschaftsstruktur, um Arbeit und Beschäftigung zu schaffen. Der allgemeine Aufschwung kam mit den 1950er Jahren, die in die Geschichte der Bundesrepublik eingingen als das Jahrzehnt des Wirtschaftswunders. Die Weichen dazu hatte Ludwig Erhard gestellt, Vordenker der Währungsreform und erster Wirtschaftsminister der Bundesrepublik, als er das Ende der Zwangsbewirtschaftung und Preisbindungen eingeleitet hatte. "Soziale Marktwirtschaft" hieß die neue Wirtschaftsordnung und sollte "Wohlstand für alle" bringen. Jeder, der etwas leistete, sollte sich auch etwas leisten können.

Das Wirtschaftswunder veränderte in rasantem Tempo die Lebensbedingungen der Deutschen und damit die deutsche Gesellschaft. Die früheren Unterschiede zwischen Stadt und Land in der Infrastruktur und Versorgung, das so genannte Stadt-Land-Gefälle, wurde nicht länger hingenommen. Die relativ geringe Bevölkerungsdichte führte im ländlichen Bereich dazu, dass die Befriedigung mancher Erfordernisse des modernen Sozialstaates nicht mehr im engen örtlichen Rahmen möglich war. Einrichtungen wie Krankenhäuser, weiterführende Schulen, Altenheime verlangten einen größeren Einzugsbereich. Und somit wuchsen die Ansprüche an die Leistungsfähigkeit der örtlichen Verwaltungen¹¹. Gefordert war eine Angleichung der Leistungsstandards der öffentlichen Einrichtungen, um das allgemeine Verfassungsgebot der Gleichheit der Lebensbedingungen und Chancen zu gewährleisten. Diesen Ansprüchen waren vor allem die kleineren Gemeinden nicht gewachsen, deren Strukturen vielfach noch auf das 19. Jahrhundert zurückgingen und nicht mehr zeitgemäß waren.

Daher sahen sich die überörtlichen Verwaltungen zum Handeln gezwungen. Erste Denkanstöße gaben sie Anfang der 1950er Jahren, nachdem bei ihnen die Erkenntnis gereift war, dass planerisch gehandelt werden müsse. Das „öffentliche Wohl“ zwingt zur Reform hieß es¹². Aber Ernsthaftes kam nicht dabei heraus.

1964 beschäftigte sich der 45. Deutsche Juristentag in Karlsruhe mit der Thematik. Ein Gutachten gipfelte dabei in der Schlussfolgerung: „Die kommunalen Verhältnisse sowohl bei den ländlichen Kleingemeinden als auch in den städtischen Ballungsräumen stehen mit den Erfordernissen einer fortschreitenden Entwicklung nicht mehr in Einklang.“¹³ Das rückte das Thema wieder in den Vordergrund.

Der Anstoß kam dann von „oben“. Den ersten Schritt machte das Bundesgesetz zur Raumordnung vom April 1965. Hierauf aufbauend ergriffen die Landesplaner ihrerseits die Initiative

¹¹ Dazu: Wolfgang Gärtner: „Der Landtag NRW und die kommunale Neugliederung in den sechziger und siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts“ in: Der Kraftakt: Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, Schriften des Landtages Nordrhein-Westfalen, Band 16, Düsseldorf 2005, S. 17 ff

¹² ebenda

¹³ ebenda

und die gesamte Bundesrepublik erlebte von etwa 1965 bis etwa 1974 eine regelrechte Planungseuphorie¹⁴. Raumordnung war das neue Zauberwort und es half, eine kommunale Gebietsreform voranzutreiben.

Am 5. Oktober 1965 beschloss das Kabinett Meyers/Weyer¹⁵, eine allgemeine Gebiets- und Funktionalreform in NRW anzugehen. Gleichzeitig wurde eine Sachverständigenkommission unter der Leitung des Staatssekretärs Ludwig Adenauer¹⁶ eingesetzt. Sie sollte untersuchen, „ob die heutige räumliche Gliederung der Gemeinden und Landkreise den Erfordernissen der modernen Verwaltung, insbesondere unter Berücksichtigung der Siedlungs-, Wirtschafts- und Verkehrsentwicklung“ entsprach.¹⁷ Etwa ein Jahr später, nach einem Regierungswechsel, setzte die neue Landesregierung unter Ministerpräsident Heinz Kühn¹⁸ eine weitere Kommission ein, die die Möglichkeiten einer Verwaltungsreform zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten sowie zwischen den oberen und obersten Landesbehörden untersuchen sollte.

Die beiden Kommissionen arbeiteten sehr sorgfältig und fassten ihre Ergebnisse in drei Gutachten zusammen:

A: „Die Neugliederung der Gemeinden in den ländlichen Zonen des Landes Nordrhein-Westfalen“, vom 22.11.1966;

B: „Die Neugliederung der Städte und Gemeinden in den Ballungszonen und die Reform der Kreise des Landes Nordrhein-Westfalen“, vom 9.4.1968;

C: „Die staatliche und regionale Neugliederung des Landes Nordrhein-Westfalen“, vom 4.8.1968.

Die Themenstellung der drei Gutachten sollte schließlich die drei Phasen der Gebiets-, Funktional- und Verwaltungsreform in NRW auch in ihrem zeitlichen Ablauf bestimmen, d.h. zuerst wurde die Neuordnung des ländlichen Raumes in Angriff genommen, dann die der Städte und Kreise und schließlich die Verwaltungs- und Funktionalreform¹⁹.

Für uns wichtig war das Gutachten über die Neugliederung der Gemeinden in den ländlichen Zonen, das so genannte Adenauer-Gutachten. Dieses empfahl für die neu zu schaffenden Gemeinden zwei Modelle. Typ A bezeichnete die kleineren Gemeinden. Diese sollten in der Regel mindestens 8.000 Einwohner haben und über folgende Einrichtungen verfügen: eine vollausgebaute Volksschule, Wasserversorgung, Kanalisation und Kläranlage, Müllabfuhr, Freibad, Bücherei, Sportplatz, Feuerwehr, Friedhof, Verwaltungsgebäude, Kindergarten und nach Möglichkeit ein Altenheim. Gemeinden des Typs B sollten mindestens 30.000 Einwohner haben und neben Aufgaben des Typs A auch überörtliche Funktionen wahrnehmen und weitere Einrichtungen höherer Art vorhalten. Dazu gehörten z.B. Gymnasium und Realschule (jeweils

¹⁴ Dazu: Christoph Nonn „Politische Planung während der 1960er Jahre und ihre Vorgeschichte: Kurzer Sommer der Utopie und langer Schatten“ in: Der Kraftakt: Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, Schriften des Landtages Nordrhein-Westfalen, Band 16, Düsseldorf 2005, S. 56

¹⁵ Franz Meyers war vom 21. Juli 1958 bis 08. Dezember 1966 Ministerpräsident in NRW. Willy Weyer war in Nordrhein-Westfalen von 1954 bis 1956 Minister für Wiederaufbau, von 1956 bis 1958 Finanzminister, von 1962 bis 1975 Innenminister sowie von 1956 bis 1958 und von 1962 bis 1975 Stellvertreter des Ministerpräsidenten

¹⁶ Er war ein Neffe des ehemaligen Bundeskanzlers Dr. Konrad Adenauer

¹⁷ Wolfgang Gärtner, a.a.O.

¹⁸ Heinz Kühn war vom 8. Dezember 1966 bis zum 20. September 1978 Ministerpräsident in NRW

¹⁹ Wolfgang Gärtner, a.a.O.

zweizügig), Sonderschule, Hallenbad und Schlachthof. Hinzu kam ein größerer Raum für kulturelle und sonstige Veranstaltungen.²⁰

Durch die Bildung neuer und größerer Gemeinden sollten auch größere Verwaltungseinheiten geschaffen werden, um so die Verwaltungskraft der Kreise und Gemeinden zu stärken und eine bessere Spezialisierung zu erreichen. Damit konnten dann im Wege einer Funktionalreform mehr Aufgaben von den Kreisen auf die kreisangehörigen Städte und Gemeinden übertragen werden, die dann auch die dazu notwendige Verwaltungskraft hätten.

Als diese Überlegungen bekannt wurden gab es viel Protest und Kampf gegen die geplanten Zusammenlegungen der Gemeinden. Emotionen kamen ins Spiel, mit denen man auf Landesebene in diesem Ausmaß nicht gerechnet hatte. Auf einmal identifizierten sich viele Menschen wieder mit ihrer Gemeinde und kämpften für ihre Selbstständigkeit. Jahrhunderte alte Ortsnamen sollten nicht einfach von der Bildfläche verschwinden. Uralte Animositäten zwischen Nachbargemeinden, die man längst für begraben hielt, feierten ein lebhaftes Wiedererstarken. In einigen Fällen musste nach jahrelangen Gerichtsverfahren letztendlich sogar der Verfassungsgerichtshof in Münster entscheiden, wobei nicht alle Urteile zu Gunsten der Planer ausgingen.

Dennoch konnten die Planer erhebliche Erfolge vorweisen. Gab es vor 1968 in NRW noch 2324 kreisangehörigen Städten und Gemeinden sowie 292 Ämtern so wurden bis 1974 daraus 396 Städte und Großgemeinden und aus 57 Landkreisen und 38 kreisfreien Städten noch 31 Kreise und 23 kreisfreie Städte. Es bleibt aber Tatsache, dass sich manche Bürger auch heute noch nicht mit ihrer neuen Stadt/Gemeinde anfreunden können.

Diese Entwicklung traf nun auch die Gemeinden Amern und Waldniel, und zwar gerade zu einem Zeitpunkt als sie sich nach längerer herzlicher Abneigung so langsam wieder zu vertrauen schienen.

Verfahren vor Ort

Die Umsetzung vor Ort begann mit einem Schreiben des Städte- und Gemeindetages vom 22.11.1966. Darin wurden die Hauptgemeindebeamten darüber informiert, dass der Innenminister die Oberkreisdirektoren aufgefordert habe, unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Gutachterausschusses beim Innenminister zum 01.12.1966 Vorschläge für eine Neugliederung der ihnen unterstellten Gemeinden zu unterbreiten. OKD Rudolf Heinrich Müller²¹ schlug vor, die vorhandenen 32 Gemeinden des Kreises Kempen-Krefeld in fünfzehn neue Gemeinden zusammenzufassen und stieß damit überwiegend auf Ablehnung²². Für das Gebiet der heutigen Gemeinde Schwalmtal hatte der OKD vorgeschlagen, dass die Gemeinden Amern und Waldniel zu einer neuen Gemeinde des Typs A verbunden werden sollten. Zur Begründung gab es zunächst einige statistische Daten:

²⁰ Dazu: Horst Romeyk „Der weite Blick vom Kirchturm. Oder: Die verordnete Maßstabsvergrößerung“ in Der Kraftakt: Kommunale Gebietsreform in Nordrhein-Westfalen, Schriften des Landtages Nordrhein-Westfalen, Band 16, Düsseldorf 2005, S. 86 und Walter Först, Kleine Geschichte Nordrhein-Westfalens, Landeszentrale für politische Bildung NRW, Düsseldorf, 1986, S. 174 ff

²¹ Rudolf Heinrich Müller, (*01.12.1924, † 14.10.2017,) war OKD des Kreises Kempen-Krefeld von 1960 bis 1984.

²² Rudolf H. Müller, Erinnerungen an die kommunale Neugliederung, in HBV 2016, S. 251 ff. Letztlich wurden es auch nur 8 neue Gemeinden zu denen dann 1975 noch Niederkrüchten hinzukam.

Fläche in qkm	Einwohner 1966	Einwohner 1980
Amern 22,47	5.254	6.000
Waldniel 26,01	8.452	10.000
Insgesamt 48,48	13.706	16.000

Die Ortskerne sind wie folgt voneinander entfernt:

Waldniel – Amern St. Anton 3,7 km

Waldniel – Amern St. Georg 3,0 km

Weiter hieß es dann: „Es besteht eine öffentliche Nahverkehrsverbindung mit täglich 24 Umläufen. Von der Sektion Dilkraht besteht eine solche Verbindung mit täglich 8 Umläufen. Von den insgesamt 1090 Auspendlern der Gemeinde Amern sind 437 Personen in Waldniel beschäftigt. Waldniel hat 1268 Auspendler, davon sind in Amern 82 beschäftigt. Die Pendlerbewegung zeigt, dass Amern in erheblichem Umfang Wohnsitzgemeinde für Waldniel ist. Aber auch im schulischen Bereich ist Amern stark nach Waldniel hin orientiert. Das Gymnasium in Waldniel wird in starkem Maße von Kindern aus Amern besucht. Amern hat keine Sonderschule und benutzt die bestehende Einrichtung in Waldniel. Da beide Gemeinden je für sich nicht die Größenordnung für ein Weiterbestehen haben, bietet sich der Zusammenschluss von Waldniel und Amern auf Grund der vorstehenden Untersuchung an“²³.

Eine Vorstellung der „fliegenden Arbeitsgruppe“ des Innenministers sah dagegen zunächst vor, die Gemeinden Waldniel, Amern und Brüggen zu einer Gemeinde zu vereinigen²⁴. Spätere Überlegungen der Arbeitsgruppe sahen dann noch Elmpt und Niederkrüchten mit in dem Verbund, was zusätzliche Probleme bereitet hätte, da Niederkrüchten und Elmpt damals zum Kreis Erkelenz gehörten²⁵.

Während über die ersten Reaktionen in Waldniel nichts aktenkundig ist, war der Amerner Gemeindedirektor Endepohls²⁶ von dem Vorschlag des OKD über ein Zusammengehen mit Waldniel ganz angetan. Schon in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses (HuF) vom 3.1.1967 berichtete er über die geplante Neugliederung der Gemeinden und erklärte, dass von etwaigen Zusammenlegungen natürlich auch Amern und Waldniel betroffen seien. Er gab die Vorstellungen des OKD in Bezug auf Amern und Waldniel bekannt und führte aus, dass er diese grundsätzlich positiv sehe. Bevor man dazu aber in engere Verhandlungen eintrete, müsste geklärt werden, inwieweit ein solcher Zusammenschluss den Bürgern in Amern Vor- bzw. Nachteile bringe. Dazu müssten folgende Fragen geklärt werden: Wie ist die Finanzkraft der beiden Gemeinden und wie wird die Finanzkraft der großen Gemeinde sein, auch unter Berücksichtigung der Schlüsselzuweisungen vom Land? In welchem Umfang sind die kommunalen Einrichtungen vorhanden und in welchem Ausbauzustand? Was muss in den nächsten Jahren investiert werden? Wo soll der gemeinsame Standort der Verwaltung sein? Wahrscheinlich werde ein Neubau an einem neuen Standort nötig sein. Wie soll der Stellenplan der

²³ Kempen-Krefelder Mitteilungen, 23. März 1967, Nr. 5/6, S. 67

²⁴ Ebenda, S. 50

²⁵ KAV, Bestand KK, Nr. 10787 Bl. 6

²⁶ Johannes (Hans) Endepohls, (*18.3.1927, †1.2.2014) war Gemeindedirektor in Amern von 1960 bis 1969 und danach in Schwalmtal von 1970 bis 1979

neuen Gemeinde aussehen? Es sei zu vermuten, dass bei einer Zusammenlegung zu viel Verwaltungspersonal vorhanden sei, während das technische Personal völlig fehle. Zudem könne ein Abbau überzähliger Verwaltungskräfte nur nach und nach erfolgen. Dennoch war Endepohls der Überzeugung, dass die bevorstehenden Aufgaben nur von beiden Gemeinden gemeinsam erarbeitet werden könnten. Daher schlug er vor, sich zu gegebener Zeit mit den Waldnielern zur Prüfung dieser Fragen an den Verhandlungstisch zu setzen. Dazu sollten beide Gemeinden je eine fünfköpfige Kommission benennen.²⁷

Schon am 7.12.1966 hatte die Westdeutsche Zeitung (WZ) unter dem Titel „Amerns Verwaltungschef: Gemeindereform vernünftig“ berichtet: „Ganz spontan kommt die Antwort des Amerner Gemeindedirektors Endepohls auf die Frage, was er von dem Vorschlag des OKD Müller zur Reform der Gemeinden hält. Dann fügt er hinzu: „Ich habe schon vor Jahren gesagt, dass wir mit Waldniel eng zusammenarbeiten müssen. ... Man sollte sich schon jetzt zusammensetzen in den Räten und Verwaltungen, damit nicht falsch geplant wird.“ Gemeindedirektor Endepohls hat gleich ein praktisches Beispiel: „Wir müssen in Amern einen Bauhof errichten, es wäre nicht zu verantworten, wenn wir jetzt einen Mini-Bauhof in Amern anlegen, der später verschrottet werden muss, denn einen Bauhof hat eine Gemeinde nur an einer einzigen Stelle.“ Es sei nur bedauerlich, dass nicht schon früher diese Dinge angeregt worden seien. Dann wäre das Waldnieler Gymnasium ganz sicher, wie zunächst geplant, in der Nähe der Grenze zwischen den beiden Gemeinden gebaut worden²⁸. „Gewiss, es gibt einige Ressentiments abzubauen zwischen den Gemeinden und den Räten von Amern und Waldniel. Da ist die leidige Geschichte mit Geneschen II und Ungerath oder auch das Gymnasium“.... So sehr der Amerner Gemeindedirektor die Zusammenfassung von Amern und Waldniel begrüßt, so präzise spricht er sich dagegen aus, dass die neue Gemeinde dann noch größer werden könnte. „Weder Brüggen aus dem Kreis Kempen noch Elmpt oder Niederkrüchten aus dem Kreis Erkelenz passen doch dazu, dann werden die Wege für den Bürger weit.“ ... „Wenn die Verwaltungen zusammengelegt werden, haben wir sicherlich zu viele Verwaltungsbeamte und Angestellte. Aber Techniker fehlen. Denn solch eine Großgemeinde kann sich ja ein anständiges Bauamt mit allen Vorteilen für die Bürgerschaft leisten!“ In Gemeinden der geplanten Größenordnung lasse sich eben viel mehr für die Bürger tun“²⁹.

Das war eine klare Aussage, ein klarer Blick, der in die Zukunft gerichtet war. Waldniel dagegen wartete noch ab. Nach den weitsichtigen Überlegungen des Dr. Uhrmacher³⁰ aus den 1950er Jahren, die zur Eingemeindung von Ungerath und Geneschen II geführt hatten, hatte man wohl den Blick zu sehr auf sich selbst gerichtet, als in eine etwas größere Zukunft zu schauen. Und so verwundert es nicht, dass die Initiative für gemeinsame Gespräche von Amern ausging.

In der nächsten Sitzung des HuF Amern am 5.1.1967 schwelte wohl bei einigen Mitgliedern noch eine leichte Hoffnung, dass ein Zusammenschluss mit einer anderen Gemeinde verhindert werden könne. So meinte denn Gemeindevertreter Kühnel, für den Fall, dass eine Zusammenlegung unausweichlich sei, sei zu überlegen, ob man bei einem freiwilligen Zusammenschluss nicht bessere Bedingungen durch das Land einhandeln könne. Als Beispiel führte er

²⁷ Protokoll der Sitzung des HuF am 1.12.1966

²⁸ Bei den ersten Überlegungen zum Bau eines Gymnasiums hatte man ein Gelände an der Grenze beider Gemeinden im Bereich Schier/Linde ins Auge gefasst.

²⁹ KAV Bestand KK, Nr.10787, Bl.81 und WZ vom 7.12.1966

³⁰ Dr. Ernst Uhrmacher (*15.8.1916, † 26.6.1964) war Bürgermeister in Waldniel von 1946 bis Ende 1951.

den Fall Ungerath³¹ an, wo nach seiner Auffassung bei geschickterem Taktieren ein höherer Betrag für die Gemeinde Amern hätte ausgehandelt werden können. Man merkt: Der Stachel aus den 1950er Jahren saß noch tief. Auch Bürgermeister Tacken glaubte, dass Amern im Großen und Ganzen in der Lage sei, seine Bevölkerung mit den kommunalen Einrichtungen zu versorgen. Und so wurde erstmal einstimmig beschlossen abzuwarten, was der Minister zum Vorschlag des OKD sage. Dennoch wurden der Bürgermeister und Gemeindedirektor beauftragt, ihre Waldnieler Kollegen über das bisherige Ergebnis zu unterrichten, damit – für alle Fälle - von Anfang an ein gutes Verhandlungsklima herrsche³².

Dieses Gespräch der beiden Verwaltungsspitzen und Bürgermeister fand in kollegial-freundschaftlicher Atmosphäre am 3.2.1967 in der Molzmühle statt. Waldniels Bürgermeister Heinrich Jennissen³³ berichtete seinem HuF hierüber in der Sitzung am 14.2.1967. An dieser Besprechung hätten Gemeindedirektor Engbrocks und er teilgenommen. Es sei der Wunsch der Gemeinde Amern, mit der Gemeinde Waldniel bezüglich der kommunalen Neugliederung Kontakt aufzunehmen. Er schlug daher die Bildung einer Kommission aus 5 Mitgliedern vor, die mit der Gemeinde Amern die diesbezüglichen Besprechungen führen soll. Nach eingehender Aussprache und Beratung folgte der Ausschuss einstimmig diesem Vorschlag³⁴. Auch der Gemeinderat stimmte dem in seiner Sitzung am 13.3.1967 zu und benannte folgende Personen als Mitglieder für diese Kommission: Bürgermeister Jennissen, Leonhard Esser, (beide CDU), Günter Stuhlweißburg, Willi Ahlers jun., (beide SPD) und Eduard Königs (BB=Bürgerblock). Im Verhinderungsfalle sollte jedes Mitglied durch ein anderes Mitglied seiner Fraktion vertreten werden können³⁵.

Mittlerweile regte sich auch in den Nachbargemeinden die Verunsicherung hinsichtlich möglicher Zusammenlegungen. Insbesondere in Dülken war man höchst besorgt, die Eigenständigkeit zu verlieren. Daher ist es nicht verwunderlich, dass die Stadt Dülken mit allen Mitteln versuchte, sich zu vergrößern, um einer Eingemeindung nach Viersen zu entgehen. In einem Brief an den OKD vom 9. März 1967 wehrte sich Gemeindedirektor Endepohls gegen einen Antrag der Stadt Dülken, in dem Gebietsforderungen an die Gemeinde Amern gestellt wurden. Immer wieder müssten sie sich gegen Gebietsansprüche von Nachbargemeinden wehren. Bereits mit Schreiben vom 17.2.1966 hätte der Gemeindedirektor von Boisheim beantragt, die am weitesten nördlich liegenden beiden Hausgrundstücke der Sektion Heidend nach Boisheim umzugemeinden, zumal die Einwohner des nördlichen Teiles von Heidend nach Boisheim orientiert seien. Dies sei absolut unzutreffend. Die Bewohner der betreffenden Häuser hätten sich nämlich bei einer Befragung für den Verbleib bei der Gemeinde Amern entschieden, da sie nach ihren eigenen Angaben überwiegend die kommunalen Einrichtungen in Amern in Anspruch nähmen. Ebenso unverständlich sei auch jetzt die Gebietsforderung der Stadt Dülken in Richtung Renneperstraße. Auch die Bewohner dieser Straße seien eindeutig nach Amern orientiert. Zudem hätte die Gemeinde Amern für die Versorgung dieser Bewohner bereits erhebliche Aufwendungen geleistet. Die Gemeindegrenze verlaufe bereits jetzt zu dicht hinter der Bebauung der Renneperstraße, so dass die dort wohnenden Landwirte ihre Felder

³¹ Gemeint ist die Umgemeindung nach Waldniel 1956

³² Protokoll der Sitzung des HuF Amern vom 5.1.1967, Gemeinde Schwalmtal

³³ Heinrich Jennissen (*18.6.1906, †23.9.1987) war Bürgermeister von Waldniel von 1956 bis 1969 und von Schwalmtal von 1970 bis 1979

³⁴ Protokoll der Sitzung des HuF der Gemeinde Waldniel vom 14.2.1967, Gemeinde Schwalmtal

³⁵ Protokoll der Sitzung des Gemeinderates Waldniel vom 13.3.1967, Gemeinde Schwalmtal

größtenteils auf Dülkener Gebiet hätten, was bereits bei der Durchführung der Flurbereinigung sowie beim Wirtschaftswegebau im Rahmen der Flurbereinigung zu Schwierigkeiten geführt hätte. Es wäre daher wesentlich sinnvoller, die Gemeindegrenze hinter der Rennepersstraße in Richtung Dülken zu verlegen anstatt noch näher an die Rennepersstraße heranzurücken³⁶.

Doch auch danach mussten immer wieder Versuche Dülkener Politiker abgeblockt werden, Amern oder auch Waldniel für sich zu gewinnen. Einfacher und von gutem Willen geprägt, gestalteten sich dagegen die Gespräche zwischen Amern und Waldniel.

Nach vorherigen zwanglosen Kontaktgesprächen fand am Freitag, dem 31. März 1967, eine erste offizielle Sitzung der Kommissionen der Gemeinden Waldniel und Amern im Rathaus Waldniel statt. Anwesend waren für Amern: Dr. Eduard Bühl, CDU, Günter v.d.Flierdt, CWG (CWG=Christliche Wählergemeinschaft); Eduard Kühnel, SPD, Gemeindedirektor Endepohls; für Waldniel: Leonhard Esser, CDU, W. Ahlers, SPD, Günter Stuhlweißenburg, SPD, Leo Schmitz, BB, Gemeindedirektor Engbrocks. Es sollte zunächst in ungezwungener Weise das Thema besprochen und ausgelotet werden, ob ein Zusammengehen der beiden Gemeinden gewollt werde oder aber ein größerer Zusammenschluss bevorzugt werde. Gemeindedirektor Endepohls betonte nachdrücklich, dass es im Amerner Rat keine Absprache zwischen den Fraktionen gegeben habe. Und nachdem beide Seiten erklärt hatten, offen und vorurteilslos an die Sache heranzugehen, kam man auch schon schnell zu den Einzelheiten. Leonhard Esser meinte, es sei erforderlich, dass beide Gemeinden ihre Vermögens- und Schuldenlage offen legten und einen Nachweis darüber erstellten, welche Mittel sie in den letzten 5 Jahren investiert hätten und was sie in den kommenden 5 Jahren noch an Vorhaben auszuführen gedächten. Zudem müsse eine Abstimmung darüber herbeigeführt werden, was man gemeinsam für alle Bürger zu tun gedenke. W. Ahlers jr. sah für die SPD in dem Zusammenschluss eine erhebliche Verwaltungsvereinfachung und äußerte die Bitte, auch andere Nachbargemeinden zu einem Kontaktgespräch einzuladen. Dem schloss sich Günter v.d.Flierdt von der CWG an und sprach sich für eine Kontaktaufnahme mit den Gemeinden Brüggen, Elmpt und Niederkrüchten aus, während Dr. Bühl dies für verfrüht hielt. Nach seiner Meinung sollten sich erst Amern und Waldniel einig werden. Nach intensiver, aber freundschaftlicher Beratung wurde einstimmig festgestellt, dass ein Zusammenschluss der Gemeinden Waldniel und Amern begrüßt werde und man die Verhandlungen für einen freiwilligen Zusammenschluss fortsetzen wolle. Für die weitere Arbeit zum gemeinsamen Ziel sollte die Entwicklung der letzten Jahre sowie die Vermögens- und Schuldenstände offengelegt und geplante Vorhaben benannt werden. Die Bürgermeister wurden beauftragt, unverbindlich mit den Nachbargemeinden Brüggen, Elmpt und Niederkrüchten Kontakt aufzunehmen, wobei die Federführung in der Angelegenheit dem Bürgermeister von Waldniel übertragen wurde³⁷.

Diese Einigkeit für ein Zusammengehen der beiden Gemeinden war dann doch überraschend schnell vorhanden. Vielleicht lag es aber auch an der Furcht vor einer möglichen „Zwangsverheiratung“ mit Dülken oder Mönchengladbach, bei der sie nur Verlierer sein konnten, während sie bei einem freiwilligen Zusammengehen als zwei gleichberechtigte Partner nebeneinander stünden.

Es dauerte etwas, bis das Gespräch mit allen Bürgermeistern und Gemeindedirektoren von Amern, Brüggen, Elmpt, Niederkrüchten und Waldniel zustande kam. Als es dann am

³⁶ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 2f

³⁷ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Protokoll der 1. Kommissionssitzung, Bl. 13 ff

12.6.1967 im Rathaus Brüggen stattfand, erklärten die Vertreter von Brüggen, Elmpt und Niederkrüchten, dass sie an einem Zusammenschluss mit anderen Gemeinden nicht interessiert seien. Im Interesse gutnachbarlicher Beziehungen seien sie jedoch gemeinsamen Lösungen überörtlicher Aufgaben gegenüber aufgeschlossen³⁸. Ob sie wirklich noch hofften, von einer Zusammenlegung verschont zu bleiben? Wer weiß.

Wenige Tage später, am 19.6.1967, kamen die Kommissionen von Amern und Waldniel zu ihrer zweiten Sitzung im Feuerwehrgerätehaus Amern zusammen. Die Nachweise über Vermögens- und Schuldenstände, der Investitionen der letzten Jahre und der geplanten wurden ausgetauscht. Dann wurden die Mitglieder über die Absagen der Nachbargemeinden informiert. In der sich anschließenden Diskussion wurde einhellig die Auffassung vertreten, den Zusammenschluss der beiden Gemeinden auf freiwilliger Grundlage zügig voranzutreiben, um einem Zwangsdiktat durch den OKD oder den Innenministers zu entgehen. Es erging eine einstimmige EntschlieÙung, dass der Zusammenschluss von Waldniel und Amern begrüÙt werde und möglichst früh erfolgen solle, und zwar tunlichst im Jahre 1969. Zur weiteren Vorbereitung solle im September 1967 eine gemeinsame Sitzung beider Räte stattfinden³⁹.

Mit Schreiben vom 26. Juli 1967 informierte Gemeindedirektor Endepohls den OKD über das Gespräch zwischen den Gemeinden Amern, Brüggen, Elmpt, Niederkrüchten und Waldniel, die ja nach den Vorstellungen der fliegenden Arbeitsgruppe des Innenministers zu einer Gemeinde zusammengeschlossen werden sollten. Hierbei hätten die Vertreter von Brüggen, Elmpt und Niederkrüchten erklärt, dass sie einen derartigen Zusammenschluss nicht wünschten. Die Gemeinde Amern habe daraufhin Verhandlungen mit der Gemeinde Waldniel aufgenommen mit dem Ziel eines Zusammenschlusses auf freiwilliger Grundlage⁴⁰.

Ein Aktenvermerk der Hauptabteilung der Kreisverwaltung vom 10.8.1967 hält dann den Stand der Vorbereitungen wie folgt fest: „Es wurden folgende Neugliederungsvorschläge gemacht: 1. Vorschlag des OKD vom 1.12.1966: Die Gemeinde Amern soll mit der Gemeinde Waldniel zu einer neuen Gemeinde des Typs A verbunden werden. 2. Vorstellung der „fliegenden Arbeitsgruppe“: Die Gemeinde Amern wird in eine Großgemeinde eingegliedert, die aus den Gemeinden Waldniel, Amern, Brüggen, Elmpt und Niederkrüchten bestehen soll. (Es hat zwischen diesen Gemeinden eine Besprechung stattgefunden, mit ablehnender Haltung) ... Der Ausgang der Verhandlungen zwischen Amern und Waldniel bleibt abzuwarten. Die vorläufige Stellungnahme kann positiv im Sinne des Vorschlages des OKD gewertet werden“⁴¹.

Parallel zu den Gesprächen der Kommissionen hatten sich auch in den Parteigremien in beiden Gemeinden Diskussionen ergeben, wobei insbesondere die Namensgebung für die neue Gemeinde heftig und kontrovers diskutiert wurde. Rein rechtlich hätte die neue Gemeinde „Waldniel“ heißen können, denn die größere der zusammengelegten Gemeinden konnte das Namensrecht für sich beanspruchen. Eine Position, die mitunter recht hitzig vertreten wurde. Beispiele haben wir in Niederkrüchten, Viersen, Grefrath, Kempen usw. Andere sprachen sich im Sinne eines fairen Miteinanders für einen neuen, neutralen Namen aus, und so rückte der Name „Schwalmtal“ immer stärker in den Vordergrund.

³⁸ Ebenda, Protokoll der 2. Kommissionssitzung, Bl. 18 ff

³⁹ Ebenda, Protokoll der 2. Kommissionssitzung, Bl. 18 ff

⁴⁰ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 5

⁴¹ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 6

Die Junge Union (JU), die Jugendorganisation der CDU, war sowohl in Amern als auch in Waldniel recht aktiv. So wundert es nicht, dass auch sie an der Neugestaltung der kommunalen Zukunft teilhaben wollten. Jedoch scheint es ein gutes Miteinander der beiden Jugendorganisationen nicht gegeben zu haben, denn die Rheinische Post (RP) berichtete unter dem Titel „Wollen allein über Neuordnung sprechen“, dass die JU Amern Kontakt zur JU Waldniel aufgenommen hätte, von dort aber keine Reaktion erfolgt sei. Man bedaure das und wolle daher jetzt allein in der Sache tätig werden⁴².

Die von den Kommissionen für September angedachte gemeinsame Sitzung beider Räte fand dann doch erst am Dienstag, dem 24.10.1967 im Feuerwehrgerätehaus Amern statt. Die RP kündigte die Sitzung in ihrer Ausgabe vom 23.10. an mit dem Hinweis, es gehe um den Zusammenschluss der beiden Gemeinden zum 1. Januar 1969. Wie die neue Gemeinde heißen werde und wer neuer Bürgermeister bzw. Gemeindedirektor werde, bleibe vorläufig noch offen⁴³.

Zu Beginn der Sitzung referierte der Waldnieler Gemeindedirektor Engbrocks über die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der beiden Gemeinden. Dabei nahm er insbesondere zu der Frage Stellung, ob ein Zusammenschluss auch Vorteile für die Einwohner des neuen Gemeinwesens mit sich bringe. Er verwies auf die großen, zukünftigen Aufgaben der Weiterentwicklung der Gemeinden und deren Verwaltungen. Denn auch die Bewohner von ländlichen Gemeinden hätten Anspruch auf eine gute Versorgung mit kommunalen Einrichtungen. Dies sei nicht nur den Bewohnern der großen Städte vorbehalten. Und diese Aufgaben könnten gemeinsam wesentlich besser und wirkungsvoller gemeistert werden. Der Amerner Gemeindedirektor Endepohls griff den Faden einer gemeinsamen Verwaltung auf und nahm zu den Auswirkungen auf den Personalsektor Stellung. Er referierte über Rationalisierungsmaßnahmen und Synergieeffekte und daraus folgende Einsparungen, die bei einem Zusammenschluss erzielt werden könnten. Die nachfolgende Aussprache war ernst und vom Wissen um das historisch Besondere dieser Sitzung geprägt. Danach wurde in feierlicher Form durch Erheben von den Sitzen einstimmig folgende Entschließung gefasst: „Die Zukunft der beiden Gemeinden Amern und Waldniel soll in einem baldigst zu bildenden neuen Gemeinwesen gemeinsam gemeistert werden.“ Die Kommissionen beider Gemeinden wurden beauftragt, bis zum 30.11.1967 die mit dem Zusammenschluss in Verbindung stehenden Details zu besprechen und nach Ausarbeitung eines Gebietsänderungsvertrages die entsprechenden Vorschläge den Räten zu unterbreiten. Der Zusammenschluss solle zum nächstmöglichen Termin erfolgen und spätestens Anfang 1969 vollzogen sein. Noch waren Fragen wie der Name der neuen Gemeinde lauten oder wer neuer Bürgermeister oder Gemeindedirektor werden sollte, offen. Der in Gesprächen und Diskussionsrunden vorher schon oft favorisierte Name „Schwalmtal“ erhielt in einer Testabstimmung 32 Stimmen bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung⁴⁴.

Im anschließenden Gespräch mit der Presse meinte Amerns Gemeindedirektor Endepohls: „Das ist die Verlobung und danach kommt das, was immer so ist, man muss sich aneinander gewöhnen“. Das Aneinander-Gewöhnen werde hier und da sicherlich nicht leicht sein. Und Anton Tacken, Amerns Bürgermeister, setzte hinzu: „Wir wollen nicht von Liebe reden!“ Waldniels Bürgermeister Jennissen, relativierte die möglichen Schwierigkeiten im Zusammenleben der beiden Gemeinden und sagte, Waldniel habe eine nette Braut bekommen: „Als wir in den Sitzungssaal in Amern kamen, fühlten wir uns wie bei vornehmen Verwandten!“ Schließlich sah der Sitzungssaal im relativ neuen Feuerwehrgerätehaus Amern wesentlich

⁴² Ebenda, Bl.82, RP vom 8.8.67

⁴³ RP vom 23.10.1967

⁴⁴ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Protokoll der Sitzung gemeinsamen Sitzung beider Räte am 24.10.1967, Bl. 27 ff

besser aus als der Sitzungssaal im alten Waldnieler Rathaus. Und Amerns Gemeindedirektor versäumte nicht, auf die Mitgift hinzuweisen, die die nette Braut ja auch noch habe. Dass es sich um eine Vernunftehe handelte, stellte niemand in Abrede. Bürgermeister Jennissen sprach von dem „Verständnis, das man für die Verbindung aufbringen“ müsse. Sein Gemeindedirektor Engbrocks ging weiter, als er meinte, die Zweckmäßigkeit der Verbindung zu diesem Zeitpunkt werde sich in absehbarer Zeit als Notwendigkeit erweisen

Vollauf begeistert titelte die WZ am 27.10.1967: „Als Verlobte lassen grüßen“. „Eine Verlobung gab man jetzt im Waldnieler Rathaus bekannt. ... Ganz nüchtern steht hinter diesem Schritt die Schaffung einer Realität, die im Schwalmtal richtungsweisend ist. An dieser neuen Gemeinde „Schwalmtal“ kommt keine andere Gemeinde vorbei⁴⁵.

Bei der nächsten Sitzung der Kommissionen am 08.11.1967 im Rathaus Waldniel wurde der von den Verwaltungen vorbereitete Gebietsänderungsvertrag beraten und den beiden Räten zur Annahme empfohlen. Ferner sollten in einer besonderen Sitzung der Kommissionen die Planungen der beiden Gemeinden erläutert werden, wozu die Planer eingeladen werden sollten, damit der Investitionsplan für die neue Gemeinde erarbeitet werden könne. Zum Schluss der Sitzung brachte Bürgermeister Tacken zum Ausdruck, dass er eine gute und freundschaftliche Zusammenarbeit festgestellt habe. Und er hoffe, dass die Angelegenheit „Kommunale Neugliederung“ in diesem Sinne weiter betrieben werde⁴⁶.

In der Sitzung des HuF Amern am 9.1.1968 berichtete Gemeindedirektor Endepohls über den bisherigen Stand der Verhandlungen mit der Gemeinde Waldniel und wies darauf hin, dass diese mit gegenseitigem Respekt und in einem guten und freundschaftlichen Geist geführt worden wären. Der Entwurf eines Gebietsänderungsvertrages sei inzwischen erstellt. Hierzu müsse noch eine schriftliche Investitionsabsprache für einen Zeitraum von 5 Jahren getroffen werden. Über diese Absprache solle die gemeinsame Kommission der beiden Gemeinden in der nächsten Sitzung abschließend beraten. Die Entwürfe des Gebietsänderungsvertrages sowie einer Investitionsabsprache zwischen den Gemeinden Amern und Waldniel waren allen Ausschussmitgliedern mit der Einladung zur heutigen Sitzung übersandt worden und wurden von allen für gut geheißen⁴⁷.

Mittlerweile hatte der Innenminister die Federführung beim Projekt Kommunale Neugliederung des Landkreises Kempen-Krefeld dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf übertragen, so dass sie nicht mehr in die Zuständigkeit seiner „fliegenden Arbeitsgruppe“ fiel. Eine unter Vorsitz des Regierungspräsidenten Otto Bäumer stehende Kommission hatte eine Bereisung des Kreises und der kreisangehörigen Gemeinden für den April 1968 angekündigt. Gleichzeitig wurden die Avancen der Stadt Dülken immer nachdrücklicher. Neben Boisheim hätten die Dülkener gerne sowohl Amern als auch Waldniel vereinnahmt, um der drohenden Zwangsehe mit der Stadt Viersen zu entgehen. Schließlich schaute Dülken voller Selbstbewusstsein auf eine lange, bis tief ins Mittelalter reichende Tradition zurück und wollte diese unbedingt für die Zukunft erhalten. Die Fragen eines möglichen Zusammenschlusses wollten die Vertreter Dülkens am Freitag, dem 25. März, mit den Vertretern von Amern und Waldniel erörtern.

Überdies fand auf Einladung der Kreisverwaltung am 26. Januar 1968 in Amern eine Besprechung statt, zu der die Bürgermeister, Fraktions- und Parteivorsitzenden der in den Räten vertretenen Parteien sowie die Gemeindedirektoren eingeladen waren. In dem sehr harmonisch

⁴⁵ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 84, und WZ vom 27.10.1967

⁴⁶ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Protokoll der gemeinsamen Sitzung beider Räte am 8.11.1967, Bl. 22 ff

⁴⁷ Protokoll der Sitzung des Huf Amern vom 9.11.1968

verlaufenen Gespräch bekräftigten die Vertreter von Amern und Waldniel übereinstimmend ihre Auffassung, dass sich für die neue Gemeinde Schwalmtal eine gute Entwicklungsmöglichkeit ergebe. Es sei beabsichtigt, in der neuen Einheit die Einrichtungen zu schaffen und zu unterhalten, die an sich für eine B-Gemeinde erforderlich wären. Auch das heftige Werben von Seiten Dülkens kam wieder zur Sprache. Für den Bereich der Gemeinde Waldniel habe niemals eine Ausrichtung auf die Stadt Dülken bestanden, hieß es. Für die Gemeinde Amern sei dies nur bedingt der Fall gewesen. Nach der Zielsetzung des freiwilligen Zusammenschlusses beider Gemeinden werde aber auch für Amern eine Wegorientierung von Dülken eintreten. Es könne nicht eingesehen werden, dass die Stadt Dülken die Funktionen einer B-Gemeinde auch für den Bereich der neuen Gemeinde Schwalmtal wahrnehmen solle. Dies würde einerseits nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen und andererseits werde befürchtet, dass die neue Gemeinde Schwalmtal bei der Schaffung von Einrichtungen höherer Art nicht die dafür notwendige Förderung erhalte. Sodann wurde der erarbeitete Gebietsänderungsvertrag einer eingehenden und kritischen Betrachtung in rechtlicher Hinsicht unterzogen. Es bestand im wesentlichen Einigkeit darüber, den Entwurf den Räten der Gemeinden zur Annahme zu empfehlen, mit einer kleinen noch vorzunehmenden Änderung⁴⁸. Interessant an diesem Gespräch ist auch, dass sowohl die Vertreter von Amern als die von Waldniel von einer neuen Gemeinde „Schwalmtal“ sprachen. Zwischenzeitlich hatten sich nämlich beide Kommissionen auf diesen Namen für die neue Gemeinde geeinigt, trotz immer noch hitziger Diskussionen in den Parteigremien und auch in Teilen der Bürgerschaft

Die Presse wollte natürlich wissen, wie sich denn die beiden Gemeinden bei der bevorstehenden Bereisung durch den Regierungspräsidenten und auch hinsichtlich des ständig drängender werdenden, fast schon aggressiven Werbens der Stadt Dülken positionieren würden. Bürgermeister Jennissen als Sprecher beider Gemeinden erklärte dazu, dass die Räte der beiden Gemeinden den Gebietsänderungsvertrag noch vor dem 25. März, also vor Eintreffen der Kommission und dem Gespräch mit der Stadt Dülken verabschieden wollen. So wolle man Fakten schaffen, an denen keiner mehr vorbeikomme. Amern habe zwar einen beträchtlichen Auspendlertrend nach Dülken, Waldniel dagegen habe praktisch keine Beziehungen zu Dülken. Zudem habe Dülken an zentralen Einrichtungen gegenwärtig nur ein – noch dazu recht mangelhaftes – Hallenbad zu bieten, alles andere habe die neue Gemeinde Schwalmtal selbst. Daher sehe man keinen Grund, von der geplanten Zweierverbindung Amern/Waldniel abzuweichen⁴⁹.

Ähnlich äußerte sich auch Amerns Bürgermeister Tacke in der Mitgliederversammlung der örtlichen CDU. Dort berichtete er ausführlich über die Arbeiten bezüglich der kommunalen Neuordnung. Die Zusammenlegung der Gemeinden Amern und Waldniel bezeichnete er als gute Lösung, die sich sehr zum Vorteil der Bürger der beiden Gemeinden auswirken werde. Eine darüber hinausgehende Zusammenlegung mit der Stadt Dülken hielt auch er für wenig empfehlenswert, da sich nach seiner Auffassung für die Amerner Bürger hieraus mehr Nachteile als Vorteile ergäben. Dem stimmte die Mitgliederversammlung zu und beauftragte den Vorstand, umgehend mit der CDU Waldniel Verhandlungen wegen eines Zusammenschlusses zu einer Ortspartei aufzunehmen⁵⁰.

Das Gespräch mit den Vertretern aus Dülken verlief dann auch entsprechend. Als Bürgermeister Tacke im Verlauf dieses Gesprächs über den Verhandlungsstand zwischen Amern

⁴⁸ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl 37 ff

⁴⁹ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 86 und RP vom 18.1.1968

⁵⁰ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 87 und WZ vom 1.2.1968

und Waldniel feststellte: „Wir leben im Brautstand, die Hochzeit kann fast schon beginnen“⁵¹, dürfte klar gewesen sein, dass weder Amern noch Waldniel bereit wären, freiwillig von dem bisher Erreichten abzuweichen.

Am Montag, dem 5.2.

1968, kam der Gemeinderat Amern zu einer historischen Sitzung zusammen. Vor Eintritt in die Beratung wies Bürgermeister Tacken nochmals darauf hin, dass der jetzt zu fassende Beschluss die schwerwiegendste Entscheidung darstelle, die der Rat der Gemeinde Amern in den letzten Jahrzehnten habe fassen müssen. Gemeindedirektor Endepohls ließ noch einmal die Geschichte der Vereinigungen zur Gemeinde Amern Revue passieren und stellte fest, dass es im Leben einer jeden Gemeinde gewisse Wendepunkte gebe, und ein derartiger Wendepunkt sei heute erreicht. Denn es habe sich gezeigt, dass es zum Wohle der Bürger sei, ein größeres Gemeinwesen zu schaffen, da nur Gemeinden mit einer gewissen Größenordnung in der Lage seien, die Einrichtungen zu schaffen, die zu einer ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung notwendig seien. Die Gemeinde Amern habe nach dem Krieg Erhebliches geleistet. Über 1.000 Flüchtlinge und Heimatvertriebene seien untergebracht worden. Kanal- und Wasserversorgungsnetze seien entstanden. Eine Straßenbeleuchtung wurde geschaffen, die Straßen ausgebaut, Grundstücke für den Wohnungsbau bereitgestellt, Wohngebiete geplant und erschlossen, das Volksschulwesen neu geordnet und vieles mehr. Was die Gemeinde auf Grund ihrer Struktur und ihrer Finanzkraft habe schaffen können, sei erreicht worden. Was nunmehr noch zu schaffen sei, z.B. Höheres Schulwesen, Hallenschwimmbad und Ähnliches, könne nur in einem größeren Verband geleistet werden. Der Rat habe sich daher für eine kommunale Neuordnung aufgeschlossen gezeigt. Er habe dies nicht getan, weil etwa die Aufsichtsbehörde oder die Landesregierung diese Neuordnung wünschten, sondern weil er selbst zu der Überzeugung gekommen sei, dass die Aufgaben der Zukunft mit der Gemeinde Waldniel gemeinsam besser zu meistern seien. Er dankte dem Rat nochmals für die uneigennützigte Haltung, die alle Gemeindeverordneten bisher bewiesen hätten und stellte die Großherzigkeit des Amerner Rates heraus. Hier klebe keiner an seinem Sessel, denn dieser Beschluss habe den Opfergang von etwa neun Ratsmitgliedern zur Folge. Es sei vielleicht für den einen oder anderen schwer, der lange Jahre im Rat der Allgemeinheit gedient habe, wenn bereits jetzt abzusehen sei, dass er dem neuen Rat nicht mehr angehören könne. Denn die Gemeinde Amern könne höchstens zehn der 25 Gemeindeverordneten der neuen Gemeinde stellen, während es jetzt noch 19 Ratsmitglieder in jeder der beiden Gemeinden gebe. Dass aber dieser Umstand keinen Gemeindeverordneten davon abgehalten habe, mit großem Eifer an die Zusammenlegung heranzugehen, stelle dem Rat ein hohes Zeugnis aus. Das Wohl der Bürger habe für diesen Rat an erster Stelle gestanden. Er wies daraufhin, dass die stolze Tradition der Gemeinde Amern heute ein Ende finde und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass der gute Geist, der bei den bisherigen Verhandlungen mit Waldniel geherrscht habe, auch im neuen Rat stets vorhanden sein möge⁵². Man werde gerne und positiv gestimmt mit Waldniel zusammengehen, weil „wir von der Wirkung unseres Entschlusses überzeugt sind“. Dem schloss sich Ratsherr Dr. Bühl mit den Worten an: „Wir sagen ja zu diesem historischen Beschluss; nicht nur mit

⁵¹ Marcus Ewers, Die kommunale Neugliederung und das Ende der Selbständigkeit, in: 600 Jahre Stadt Süchteln, Viersen, 2005, S. 131 ff.

⁵² KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 58 ff

dem Verstand, sondern auch mit dem Herzen.“ Einstimmig wurde der Gebietsänderungsvertrag beschlossen in dessen § 1 es heißt: „Die Gemeinden Amern und Waldniel werden zu einer neuen Gemeinde zusammengeschlossen; sie erhält den Namen Schwalmtal“⁵³.

Die RP berichtete darüber unter dem Titel „Hier und heute Ende einer Tradition“: „Als kleinerer im Bunde beschloss am Montag, dem 5.2.68, Amerns Rat als erster einstimmig den Gebietsänderungsvertrag mit Waldniel“⁵⁴. Und die WZ fand für die Berichterstattung in ihrer Ausgabe vom 7.2. 68 die Überschrift „Beim Zusammenschluss sprach das Herz“⁵⁵. Am Tag danach würdigte die WZ den Gebietsänderungsvertrag und den damit verbundenen Investitionsplan. Wohl mit Absicht habe man den Vertrag recht kurz gehalten und sich mit wenigen Vertragsklauseln auf das Wesentliche konzentriert. Das wichtigste stehe in § 3, wo es heiße: „Das Gebiet der bisher selbständigen Gemeinden ist gleichmäßig zu entwickeln. Hierbei sind in den ersten fünf Jahren die bestehenden Investitionspläne dieser Gemeinden zugrunde zu legen.“ Nicht nur ein Bauhof mit dem dazu gehörenden Fuhrpark, sondern auch eine Erweiterung der Kläranlage sei vorgesehen. Dazu wolle die neue Gemeinde Schwalmtal ein Hallenbad errichten. Und wenn es tatsächlich dazu komme, dann habe diese neue Gemeinde nach Meinung der beiden Räte alle Einrichtungen, die eine Gemeinde des Typs B nach dem Adenauer-Gutachten haben müsse, nämlich Gymnasium, Hallenbad und einen größeren Raum für kulturelle Veranstaltungen. Was fehle, sei dann eigentlich nur eine Realschule, doch hier seien schon entsprechende Initiativen zu spüren⁵⁶.

Zwei Wochen später, am 20.2.1968, kam auch der Waldnieler Rat zu seiner historisch einmaligen Sitzung zusammen. Vor der wegweisenden Abstimmung nahmen die Fraktionssprecher Leonhard Esser (CDU), Willi Ahlers jr. (SPD) und Eduard Königs (BB) zu der Angelegenheit nochmals ausführlich Stellung. Ratsherr Leonhard Esser hielt wohl die flammendste Rede, in der er die Vergangenheit Waldniels Revue passieren ließ und sich dann den Verhandlungen mit den Vertretern der Gemeinde Amern zuwandte. In seltener Eintracht habe man das Dammoklesschwert der kommunalen Bedeutungslosigkeit als wenig geliebtes, fernes Anhängsel einer größeren Stadt abwenden können. Stattdessen habe man sich an die eigentlich fast immer recht gute nachbarliche Verbundenheit erinnert und gemeinsam einen Weg gefunden, auch für die Zukunft den eigenen Handlungsspielraum zu erhalten. Daher gebe es zu dem,

was die Kommissionen der beiden Gemeinden erarbeitet hätten und ihnen jetzt zur Beschlussfassung vorliege, keine Alternative. Und der neutrale Name „Schwalmtal“ bezeuge den Wunsch beider Parteien, den Weg in die gemeinsame Zukunft als tatsächlichen Neuanfang zu dokumentieren. Aus tiefster Überzeugung und freudigen Herzens empfehle er daher die Annahme des Vertrages. Wie bei der Beschlussfassung in der gemeinsamen Sitzung beider Räte am 24.10.1967 solle der Rat durch Aufstehen von den Sitzen seine Zustimmung bekunden. In der Berichterstattung der WZ vom 24.2.68 heißt es dann weiter: „Inspiriert durch die Worte von Leonhard Esser zum Gebietsänderungsvertrag...forderte Bürgermeister Heinrich Jennissen seine Ratskollegen auf, durch Erheben von den Sitzen ihre Zustimmung zu bekunden. Alle Gemeindevertreter folgten dieser Aufforderung“. Einstimmig war also auch hier der Beschluss über die Annahme des Gebietsänderungsvertrages. Doch dann kamen Bürgermeister Jennissen plötzlich rechtliche Bedenken, ob der Beschluss auch rechtsgültig sei, denn die Hauptsatzung schrieb vor, dass Zustimmung, Enthaltung oder Ablehnung eines Antrages

⁵³ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 90 und RP vom 7.2.1968, Protokoll der Sitzung des Gemeinderates Amern vom 5.2.1968, Gemeinde Schwalmtal

⁵⁴ ebenda

⁵⁵ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 91 und WZ vom 7.2.1968

⁵⁶ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 88 und WZ vom 8.2.1968

durch Handzeichen erfolgen müsse. Also ließ Bürgermeister Jennissen den Waldnieler Rat noch einmal, jetzt sitzend, dafür mit erhobenen Händen der Zusammenlegung von Amern und Waldniel zustimmen, und auch dieses Mal war das Ergebnis einstimmig. Damit war dann auch dem geschriebenen Ortsrecht Genüge getan und kein böser Geist konnte hiergegen etwas vorbringen. Dann erklärte Bürgermeister Jennissen, dass die neue Gemeinde Schwalmtal Rechtsnachfolgerin für das gesamte Vermögen und für alle Schulden der beiden bisherigen Gemeinden werde. Zudem gelte das jeweilige Ortsrecht noch zwei Jahre weiter, um dann durch ein neues ersetzt zu werden. Auch strebe man den Zusammenschluss zum 1. Januar 1969 an⁵⁷. Damit war der Grundstein für die neue Gemeinde Schwalmtal gelegt. Jetzt musste nur noch der Gesetzgeber zustimmen.

Den nächsten Schritt in die gemeinsame Zukunft machten die Ortsverbände der CDU. Am 1.3.1968 schlossen sie sich zu einem neuen Gemeindeverband Schwalmtal zusammen⁵⁸. Wenige Tage später erfolgte auch der Zusammenschluss der beiden Jugendorganisationen, die zwischenzeitlich doch zueinander gefunden hatten, zu einer Jungen Union Schwalmtal.

Am Freitag, dem 22. März 1968, fand um 19 Uhr im Hotel Schiefelbein ein feierlicher Festakt zur Gründung der neuen Gemeinde Schwalmtal mit der feierlichen Unterzeichnung der Dokumente statt. Eingeladen hatten die Bürgermeister und Gemeindedirektoren von Amern und Waldniel. Dem historischen Ereignis angemessen war der Rahmen dieses Festaktes, zu dem neben zahlreichen Bürgern auch viele prominente Gäste (u.a. Landrat Lambert Maassen, OKD Müller) gekommen waren. „Getragen von dem Verantwortungsbewusstsein und beseelt von dem Willen, das Wohl der Einwohner ihrer Gemeinden auf geistigem, kulturellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiet in freier Selbstverantwortung vermehrt zu fördern, haben die Räte der Gemeinden Amern und Waldniel in ihren Sitzungen am 5. Februar 1968 sowie am 20. Februar 1968 den einstimmigen Beschluss gefasst, die von ihnen vertretenen Gemeinden zu einer Gemeinde mit dem Namen Schwalmtal zusammenzuschließen.“ Mit diesen Worten des gemeinsamen Entschließungstextes eröffnete der Waldnieler Gemeindedirektor Engbrocks den Festakt. Er schloss mit den Worten des Entschließungstextes: „Möge der Gesetzgeber des Landes NRW den Willen der Bürger dieser beiden Gemeinden vollauf respektieren.“ Nach der Verlesung des nur fünf Paragraphen umfassenden Gebietsänderungsvertrages meinte Amerns Gemeindedirektor Endepohls, dass die nüchterne Sprache der Juristen wenig von der großen politischen Leistung beider Gemeinden ahnen lasse und dass man den Vertrag erst mit Leben erfüllen müsse, damit er für den Bürger das Beste bringe. Es war eine festliche und wahrhaft historische Stunde, immer wieder begleitet vom Mönchengladbacher Streichquartett, als die 19 Amerner und 19 Waldnieler Ratsherren ihre Unterschrift unter die feierliche Erklärung setzten, mit der sie die gemeinsame Zukunft ihrer Gemeinden bekräftigten. Erfreut zeigte sich auch OKD Müller. Bislang habe das Thema für ihn mehr Schwierigkeiten, Vorwürfe und andere, wenig erfreuliche Tatbestände gebracht. Umso mehr sei er erfreut, „dass zum ersten Male und an dieser Stelle des Kreises die Frucht sachlicher Überlegung sichtbar werde“. Zu guter Letzt überbrachte Amerns Pfarrer Alfons Duschak in einer denkwürdigen Ansprache die Glückwünsche der Geistlichkeit beider Orte und beider Konfessionen⁵⁹.

Anschließend ging es zum Festessen in die Lüttelforster Mühle. Bei Schinkenbraten „De Porc“, Frühlingsgemüse, Salaten der Saison, Pommes Frites oder Petersilienkartoffeln und

⁵⁷ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 89 und WZ vom 24.2.1968; Protokoll der Gemeinderatssitzung Waldniel vom 20.2.1968

⁵⁸ RP vom 5.3.1968

⁵⁹ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl 94; WZ vom 23.3.1968; WZ vom 25.3.1968 und RP vom 25.3.1968

Getränken nach Wunsch wurde mancher Toast auf das bisher Erreichte und eine hoffnungsvolle Zukunft ausgebracht. Und für manch einen endete der denkwürdige Tag zu später Stunde in ausgelassener Stimmung.

Die RP schloss ihre Berichterstattung mit dem Satz: „Wenn alle weiteren erforderlichen Schritte ohne Komplikationen getan werden können, dürfte schon zum neuen Jahr die Gemeinde Schwalmthal mit ihren 13.000 Einwohnern in aller Form gegründet werden“⁶⁰.

Bis dahin war aber noch einiges an Arbeit zu erledigen. So musste insbesondere der im Gebietsänderungsvertrag vereinbarte Investitionsplan für die neue Gemeinde endgültig festgesetzt und verabschiedet werden, damit eine gleiche Entwicklung beider bisherigen Gemeinden, wie nach § 3 des Gebietsänderungsvertrages vorgesehen, sichergestellt war. Unter Berücksichtigung der bestehenden Investitionspläne der beiden Gemeinden für die nächsten 5 Jahre wurden nach intensiven Beratungen, zu denen auch die jeweiligen Planer hinzugezogen worden waren, die nachstehend aufgeführten Investitionen von beiden Räten einstimmig beschlossen:

Für Amern:

1. Einrichtung der Schulen St. Anton und St. Georg
2. Beendigung der Kanalisation des Ortsteiles Dilkraht
3. Verlegung eines Regenwasserkanals durch die Rennepersstraße
4. Verlegung eines Kanals durch die Sektion Vogelsraht
5. Erschließung des Gewerbegebietes
6. Erschließung des Wohngebietes Geneschen
7. Bau von Toilettenanlagen auf dem Friedhof St. Anton
8. Schaffung von Parkplätzen an den Friedhöfen St. Anton und Dilkraht
9. Errichtung eines Bauhofes (Gemeinschaftslösung)
10. Neubeschaffung von Fahrzeugen für den Bauhof (Gemeinschaftslösung)
11. Erweiterung der Kläranlage (evtl. Gemeinschaftslösung)
12. Weiterer Ausbau des Sportplatzes Dilkraht
13. Schaffung von Kinderspielflächen in St. Georg, Dilkraht und Vogelsraht
14. Schaffung von Bürgersteiganlagen an historischen Straßen
15. Ausbau von Straßen: Eichenweg, Kronenweg

Für Waldniel:

1. Erweiterung des Rathauses
2. Erweiterung der Hauptschule und der Höheren Schule
3. Einrichtung für die o.a. Schulen
4. Erstellung von Kinderspielflächen (Sportfeld, Zoppenberg, Waldnieler Heide)
5. Errichtung eines Hallenbades
6. Schaffung von Lehrerwohnungen
7. Ausbau Straße Ungerath (Gemeinde-Verbindungsstraße, Ausbau evtl. schon 1968)
8. Erschließung der Wohngebiete Waldnieler Heide und Zoppenberg ; Ausbau von Straßen: Turmstraße, Gebiet Höhere Schule, Hospitalstraße (Krankenhaus) Weiherstraße, Linksabbieger Waldnieler Heide
9. Parkplatz Krankenhaus und Höhere Schule
10. Erstellung eines Fuhrparks (Gemeinschaftslösung)

⁶⁰ RP vom 23.3.1968

11. Erweiterung der Kläranlage (evtl. Gemeinschaftslösung)
12. Grunderwerb für Industrieansiedlung und Wohnungsbau

Ob das nun alles so klappen würde wie von den beiden Gemeinderäten erhofft, war allerdings immer noch nicht klar. Zwar hatte man das erfreute „Okay“ des OKD, doch es stand noch die Bereisung der Gemeinden des Kreises durch die Kommission des Regierungspräsidenten und deren Stellungnahme aus. Die Fahrt durch Amern und Waldniel erfolgte am 22.4.1968 in der Zeit von 17,05 Uhr bis 18,00 Uhr. Während der Fahrt gab es Gelegenheit zur Diskussion. Am gleichen Tage fand abends um 19,30 Uhr eine öffentliche Anhörung im Saale der Burg Brüggen statt, bei der jedermann seine Bedenken und Anregungen vorbringen konnte. Etwa 400 Zuhörer aus allen an diesem Tag besuchten Gemeinden waren zu diesem Erörterungstermin erschienen, so dass der Saal aus allen Nähten platzte. Hier begründeten die beiden Gemeindegeldirektoren Endepohls und Engbrocks nochmals ausführlich das Ergebnis der bisher getroffenen Entscheidungen und baten um Zustimmung für den Zusammenschluss. Im Amtsblatt des Kreises Kempen-Krefeld gab es hierüber nur eine kurze Notiz: „Wenig Probleme warfen die Ergebnisse der Rundfahrt durch Amern und Waldniel auf. Beide Gemeinden haben bereits einen Gebietsänderungsvertrag mit dem Ziel eines Zusammenschlusses verabschiedet“⁶¹.

Am folgenden Tag fand die Bereisung durch Süchteln, Boisheim und Dülken statt. In der anschließenden Anhörung im Sitzungssaal des Dülkener Rathauses erklärte der Regierungspräsident, dass die Bereisung sein Interesse für eine Lösung Dülken-Süchteln-Viersen eher gestärkt habe, wohingegen er eine Verbindung Dülken-Boisheim sehr kritisch sehe. Dennoch beharrte der Dülkener Bürgermeister Ferschoth auf der Forderung, Dülken mit Boisheim zu einer Gemeinde zu vereinigen. Weiter schlug er vor: „Wenn Dülken mit Boisheim nicht die der Kommission vorschwebende Größenordnung erreiche, sollte eine Ausdehnung nach Westen (Amern, Waldniel) ins Auge gefasst werden“⁶². Immer noch versuchte Dülken, dem ungeliebten Zusammenschluss mit Viersen zu entgehen und den Erhalt der eigenen Selbstständigkeit auf Kosten der kleineren Nachbargemeinden zu erzwingen. Wohingegen Viersen unbedingt Dülken brauchte, um seinerseits nicht von Mönchengladbach verschluckt zu werden. In der Tat eine schwierige Situation für die betroffenen Gemeinden, aber „nicht unser Bier“.

Zum Glück war ja auch der OKD anderer Meinung. Am 29.5.1968 wandte er sich über den Regierungspräsidenten an den Innenminister mit dem Hinweis, dass die Gemeinden Amern und Waldniel einen Gebietsänderungsvertrag geschlossen hätten, wonach sie sich zu einer neuen Gemeinde „Schwalmtal“ zusammenschließen wollten. Dieser freiwillige Zusammenschluss entspreche seinem Neuordnungsvorschlag. Daher werde er das Genehmigungsverfahren durchführen, sobald der Gesetzesentwurf der Landesregierung zur Neuordnung im Landkreis Kempen-Krefeld vorliege⁶³. Jetzt hieß es nur noch: Warten auf den Gesetzgeber. Und schnell stellte sich heraus, dass der Innenminister zwar den Vorschlag zu einem Zusammengehen von Amern und Waldniel im Gesetzgebungsverfahren übernehmen würde, dass aber ein Zusammenschluss zum 1.1.1969 nicht möglich sei. Dennoch: „Schwalmtal“ war einen Riesenschritt näher gekommen.

Trotzdem war das „Lied noch nicht gesungen“, denn es gab immer noch einige kleinere Hürden zu überwinden. Da waren zunächst mal die Gebietsansprüche der Stadt Dülken an die Gemeinde Amern, die auch in dem Vorschlag des Innenministers zur Neugliederung des Landkreises Kempen-Krefeld enthalten waren. Der HuF Amern beschäftigte sich damit in seiner

⁶¹ Kempen-Krefelder Nachrichten, 1968, Nr. 12, S. 213 f

⁶² ebenda

⁶³ KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 66

Sitzung vom 31.10.1968. Gemeindedirektor Endepohls berichtet dazu, dass die Verhandlungskommission von Amern und Waldniel am 21. Oktober 1968 hierüber beraten und folgenden Beschlussvorschlag erarbeitet hätten: „Der Vorschlag des Innenministers zur Neugliederung des Landkreises Kempen-Krefeld sieht für die Gemeinde Amern eine Zusammenlegung mit der Gemeinde Waldniel vor. Dieser Vorschlag deckt sich mit der Auffassung der beiden Gemeinden über die kommunale Neugliederung in diesem Raum. Die beiden Gemeinden sind von der Zweckmäßigkeit eines derartigen Zusammenschlusses überzeugt. Die Gemeinderäte haben bereits in ihren Sitzungen am 5.2. und 20.2.1968 einstimmig beschlossen, ihre Vereinigung zu einer neuen Gemeinde mit dem Namen Schwalmtal herbeizuführen. Ein entsprechender Gebietsänderungsvertrag wurde am 22. März 1968 abgeschlossen. Für die Gemeinde Amern sieht der Vorschlag weiter vor, dass zum Zwecke der Grenzbegradigungen Gebietsabtretungen an die Gemeinden Boisheim und Breyell vorgenommen und Amern eine kleine Fläche von der Gemeinde Boisheim erhalten soll. Da die Gemeindegrenzen in dem vor kurzer Zeit beendeten Flurbereinigungsverfahren bereits begradigt worden sind, wird die Notwendigkeit derartiger Änderungen nicht eingesehen. Lediglich wegen der Geringfügigkeit der umzugemeindenden Flächen stellt der Gemeinderat seine Bedenken gegen diese beabsichtigten Umgemeindungen zurück.“ Des Weiteren gab der Gemeindedirektor Änderungswünsche der Kreisverwaltung zum Gebietsänderungsvertrag bekannt, die auf eine inzwischen geänderte Praxis des Innenministers zurückgingen und mit Verfügung vom 7. Oktober 1968 erhoben worden waren. Er unterrichtete den Ausschuss über die Stellungnahme der Verhandlungskommission Amern/Waldniel, die jede Änderung des Vertrages abgelehnt hätte. Mit dem Gemeindedirektor von Waldniel sei folgender Beschluss als Empfehlung an beide Räte vorbereitet worden: „Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass der Gebietsänderungsvertrag vor seiner Beschlussfassung die Billigung der Kreisverwaltung erfahren hat, vermag der Rat der Gemeinde im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Notwendigkeit zu dessen Änderung nicht zu erkennen. Der Rat trägt vielmehr erneut die Bitte vor, dem einmal beschlossenen Vertrag die Zustimmung zu geben.“ Der HuF leitete den Beschlussvorschlag ohne Gegenstimme an den Rat weiter.⁶⁴ Beide Gemeinderäte stimmten diesem Beschlussvorschlag einstimmig zu.⁶⁵

Letztlich musste doch noch etwas geändert werden. Mit Verfügung vom 11.11.1968 teilt der OKD als untere staatliche Verwaltungsbehörde zum Gebietsänderungsvertrag vom 22. März 1968 mit, dass er eine Genehmigung zu dem vorstehenden Gebietsänderungsvertrag unter dem Vorbehalt erteile, dass noch geringfügige Korrekturen vorgenommen würden, die u.a. das jeweilige Ortsrecht und die Überleitung des Personals betreffen. Außerdem bedürfe seine Genehmigung noch der Zustimmung des Kreisausschusses. Beides müsse umgehend erfolgen, da ansonsten das Gesetzgebungsverfahren im Landtag nicht mehr rechtzeitig begonnen werden könne, um den Zusammenschluss zum 1.1.1970 zu vollziehen. Beide Räte trafen dann die erforderlichen Beschlüsse einstimmig. Wegen des Zeitdrucks in Sondersitzungen.⁶⁶

Damit war alles getan, was hier vor Ort getan werden konnte. Und mit gutem Gewissen, seiner Gemeinde eine gute Zukunft gesichert zu haben, ging der Waldnieler Gemeindedirektor Wilhelm Engbrocks war am 30.11.1969 nach 22jähriger Tätigkeit in den Ruhestand.

Nachdem jetzt alle rechtlichen und verwaltungsmäßigen Hürden überwunden waren, ging es über den OKD und den Regierungspräsidenten an die Landesregierung und den Landtag als Gesetzgeber, der ein Jahr später, am 18. Dezember 1969, das Gesetz zur Neugliederung des

⁶⁴ Protokoll des HuF Amern vom 31.10.1968, Gemeinde Waldniel

⁶⁵ Protokoll der Sitzung des Gemeinderates Waldniel vom 7.11.1968, Gemeinde Waldniel; KAV, Bestand KK, Nr. 10787, Bl. 100 und WZ vom 12.11.1968

⁶⁶ Protokoll der Sitzung des Gemeinderates Waldniel vom 19.11.1968, Gemeinde Waldniel; WZ vom 22.11.1968

Kreises Kempen-Krefeld und der kreisfreien Stadt Viersen verabschiedete. Grundlage der Beratungen war ein Gesetzesentwurf der Landesregierung, den diese am 24. Juni 1969 in den Landtag eingebracht hatte. Dieser wurde am 2. Juli 1969 in 1. Lesung von Innenminister Willi Weyer begründet und ohne Aussprache in den Ausschuss für Verwaltungsreform überwiesen. Zur 2. Lesung am 18. Dezember 1969 legte der Ausschuss seinen Bericht mit Beschlussempfehlung vor, der teilweise andere Grenzziehungen vorschlug, die uns jedoch nicht betrafen. An die Annahme in 2. Lesung schloss sich unmittelbar die 3. Lesung an, in der der Gesetzesentwurf endgültig angenommen wurde. Unter der Überschrift „Gemeinde Schwalmtal“ bestimmte der § 2 dieses Gesetzes: „Bildung einer neuen Gemeinde Schwalmtal aus den Gemeinden Amern und Waldniel sowie einigen Grundstücken der Gemeinde Boisheim“. Und § 15 legte das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. Januar 1970.

Durch dieses Gesetz vom 18. Dezember 1969 wurde die Gemeindestruktur im heutigen Kreis Viersen mit Wirkung zum 1. Januar 1970 neu geordnet. Aus 32 Gemeinden des Kreises Kempen-Krefeld und der kreisfreien Stadt Viersen entstanden acht neue Gemeinden. Im Jahr 1975 kam noch Niederkrüchten dazu. Die ehemals selbstständigen Gemeinden Elmpt und Niederkrüchten waren am 1. Januar 1972 durch das Gesetz zur Neugliederung der Gemeinden und Kreise des Neugliederungsraumes Aachen vom 14. Dezember 1971 zusammengeschlossen und 1975 dem Kreis Viersen zugewiesen worden.

Die lange Zeit des Wartens auf das Ende des Gesetzgebungsverfahrens verlief in beiden Gemeindeverwaltungen wie gewohnt. Die politischen Parteien nutzten die Zeit, um sich für die Zukunft und da vor allem für die nächste Kommunalwahl am 15. März 1970, die erste in der neuen Gemeinde, aufzustellen. Nachdem auch die beiden Ortsvereine der SPD beschlossen hatten, sich zum 1.1.1970 zu einem Ortsverein „Schwalmtal“ zusammenzuschließen, stellte der Vorstand in einer gemeinsamen Mitgliederversammlung des neuen Ortsvereins im Juli 1969 sein Konzept und die Ziele für die künftige Arbeit der Partei in der neuen Gemeinde vor. Dazu gehörten: 1. Ein neuer Flächennutzungsplan unter Berücksichtigung der Außensektionen. 2. Vermehrte Anstrengungen der Gemeinde Schwalmtal für den Fremdenverkehr im Naturpark Schwalm-Nette. 3. Der Bau eines Hallenbades sowie die Bildung eines Sportrates sowie 4. Die Ortskernsanierung für Waldniel und Amern. Gleichzeitig wurden da schon erste Festlegungen für die Reserveliste für die Kommunalwahlen im März 1970 vorgenommen. „Hierbei zeigte sich bereits deutlich das gute Verhältnis, das zwischen den ab 1.1.1970 vereinigten Ortsvereinen der künftigen Gemeinde Schwalmtal schon jetzt besteht“, kommentierte die WZ in ihrer Ausgabe vom 8.7.1969⁶⁷. Dennoch war bei der SPD nicht alles eitel Sonnenschein. Über die Vorstandswahl zum neuen Ortsverein Schwalmtal berichtete die RP in ihrer Ausgabe vom 16.12.1969, dass wider alle Erwartungen Werner Heidrich als Vorsitzender abgewählt und an seiner Stelle Wilhelm Tirthy zum neuen Vorsitzenden gewählt worden sei. Es habe „lange Gesichter“ gegeben, hieß es, denn scheinbar hätten sich gerade die Genossen aus Heidrichs ehemaligem Ortsverein Waldniel gegen ihn gestellt⁶⁸.

Für den Tag X musste noch für einen rechtlich reibungslosen Übergang gesorgt werden, denn mit dem Inkrafttreten des Gesetzes würden die Gemeinden Amern und Waldniel erlöschen und damit auch die Funktionen der Gemeinderäte, Bürgermeister und Gemeindedirektoren. Die neue Gemeinde Schwalmtal hätte also keinen Bürgermeister, keinen Gemeindedirektor und kein demokratisch gewähltes Gremium. Dies alles konnte erst mit der geplanten Kommunalwahl im März 1970 installiert werden. Die Wahlbezirke hierfür waren zwar schon weitestgehend abgesprochen, mussten aber noch verbindlich festgelegt werden. Bis dahin musste

⁶⁷ KAV, Bestand KK, Nr. 10832, Bl.47; WZ vom 8.7.1969

⁶⁸ RP vom 16.12.1969

aber das normale kommunale Leben weitergehen. Daher setzte Innenminister Weyer mit Schreiben vom 23.12.1969 Bürgermeister Jennissen davon in Kenntnis, dass bis zum Amtsantritt der neu zu wählenden Organe der neuen Gemeinde deren Aufgaben durch Beauftragte wahrgenommen werden müssten. Aufgrund des § 110 der Gemeindeordnung bestellte er Jennissen mit Wirkung vom 1. Januar 1970 unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs zum Beauftragten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Rates und des Bürgermeisters der neuen Gemeinde Schwalmtal bis zum Zusammentritt des neugewählten Rates⁶⁹. Gleichzeitig wurde Gemeindedirektor Endepohls zum Beauftragten für die Angelegenheiten der Verwaltung der Gemeinde Schwalmtal bestellt. Nach den Absprachen der Verhandlungskommissionen mit den Parteivorständen sollten die beiden Beauftragten auch in der neuen Gemeinde Schwalmtal für diese Positionen gewählt werden. Willi Wolters, der damals die Geschicke auf Waldnieler Seite mitgestaltete, erinnert sich, dass die scheidenden Gemeinderäte den beiden Beauftragten noch einen kleinen Beirat zugeordnet hatten.

Am 30.12.1969 tagten beide Gemeinderäte gleichzeitig ein letztes Mal. Jeder Rat noch einmal für sich. Es war die Stunde des Abschiednehmens. Anschließend verbachten die Ratsmitglieder beider Gemeinden gemeinsam mit ihren Ehefrauen einige gemütliche Stunden in einer Gaststätte am Hariksee. Ein bisschen Wehmut war schon zu spüren.

Es war kalt am 31.12.1969, dem letzten Tag der Gemeinden Amern und Waldniel. Doch trotz leichter Minustemperaturen ließen um Mitternacht bunte Feuerwerkskörper den Himmel über Amern und Waldniel erstrahlen, Böller krachten und die Kirchenglocken läuteten feierlich und die meisten Menschen feierten fröhlich und teils ausgelassen – das neue Jahr. Dass in der logischen Sekunde zwischen dem 31.12.1969 und dem 1.1.1970 die beiden Gemeinden Amern und Waldniel erloschen waren und gleichzeitig die Geburtsstunde der neuen Gemeinde Schwalmtal hätte gefeiert werden können, kam wohl kaum jemandem in den Sinn. Das historische Ereignis ging zu dieser Stunde sang- und klanglos über die Bühne. Nun gab es keine Gemeinden Amern und Waldniel mehr, keine Gemeinderäte, keine Bürgermeister oder Gemeindedirektoren. Stattdessen traten nun die Beauftragungen durch den Innenminister in Kraft. Mit einem Aufruf wandten sich diese an die Bürger Schwalmtals. Darin hieß es: „Seit dem 1. Januar 1970 sind wir nun zu einer neuen Gemeinde zusammengeschlossen. Vieles haben die Bürger der bisherigen Gemeinden Amern und Waldniel in der Vergangenheit geleistet. Auf diese Leistungen können wir alle mit Recht stolz sein. Der Wandel der Zeit erfordert nicht nur neue und größere kommunale Gebilde, er fordert auch ein Umdenken in vielen Bereichen. Nur wenn wir die Aufgaben der Zukunft richtig erkennen und uns heute schon darauf einstellen, werden wir weiterhin Erfolg haben. Aus diesem Grunde haben die Räte die Zusammenlegung auf freiwilliger Grundlage beschlossen, die der Landtag nunmehr durch Gesetz bestätigt hat. Der Innenminister hat uns für die Zeit bis zur Wahl des neuen Rates als Beauftragte bestellt. Wir werden uns bemühen, bis zu diesem Zeitpunkt die Geschäfte der Gemeinde treuhänderisch im Sinne der Bürgerschaft zu verwalten. ... Allen Bürgern unserer Gemeinde wünschen wir ein gutes neues Jahr 1970. Möge in diesem Jahr bereits ein Teil der Hoffnungen, die wir auf den Zusammenschluss gesetzt haben, in Erfüllung gehen.“⁷⁰

Die neue Gemeinde war da, 48,32 qkm groß und mit 13.664 Einwohnern. Hoffnungsvolle Worte waren an diese jetzt Schwalmtaler Bürger gewandt. Der Blick war in die Zukunft gerichtet. Jetzt hieß es: Sich zusammenraufen, den letzten, vielleicht noch vorhandenen Groll überwinden und die gemeinsame Zukunft gestalten. Endlich konnte es losgehen, in trauter

⁶⁹ KAV, Bestand KK, Nr. 10832, Bl. 1

⁷⁰ RP vom 3.1.1970

Eintracht. Könnte man meinen. Wäre da nicht am 16. Januar 1970 eine Generalversammlung der CDU im Hotel Schiefelbein gewesen.

Es ging um die Aufstellung der Kandidaten für die bevorstehende Kommunalwahl. Noch am Tag vor der Versammlung erhielten alle Waldnieler CDU-Mitglieder einen Brandbrief der alten Waldnieler CDU-Fraktion. Darin hieß es, dass die ehemalige Amerner CDU am 13. Januar 1970 eine Mitgliederversammlung abgehalten und die Kommunalwahl vorbereitet habe. Der Waldnieler Teilvorstand dagegen habe einen Vorschlag für die Wahlkommission gemacht und habe die Absicht, dass alle Mitglieder alle Kandidaten ohne Vorauswahl wählen sollen. Dagegen richteten sich die Vorstellungen der Fraktion, die vorsähen, zunächst nach Ortsteilen getrennt abzustimmen. Nach ihrer Auffassung solle es streng nach dem Bevölkerungsproporz gehen. Dies hätte quasi durch die Hintertür eine Besserstellung der Waldnieler bewirkt, denn Amern hatte am Stichtag knapp 3000 Einwohner weniger als Waldniel.

Unabhängig davon hatte die junge Union in einer eigenen Versammlung über ihr Vorgehen bei der Generalversammlung beraten und eine Strategie festgelegt⁷¹, wovon der CDU-Fraktionsvorstand hätte wissen können, wenn er denn die JU ernst genommen hätte.

Über diese Versammlung schrieb die RP: „Eine Kandidaten-Wahl mit Pauken und Trompeten: Wer ein Gespür dafür hat, dass etwa in der Luft liegt, den hätten am Freitag nicht „zehn Pferde“ von einer CDU-Versammlung zurückgehalten. Auf die Kandidatennominierung durch eine Kommission waren eine Versammlung der alten Amerner CDU und auf der anderen Seite der alten Ratsfraktion der Christdemokraten von Waldniel gefolgt. Die JU Schwalmtal hatte in einer eigenen Versammlung über Marschrichtung und Taktik beraten. Das Pulverfass, das nachher in Portionen hochgehen sollte, war von der Alt-Waldnieler Ratsfraktion in Form eines schriftlichen Antrages in die Versammlung gerollt worden. Dieser Antrag sah vor, dass in einer Vorwahl die stimmberechtigten Mitglieder nach Ortsteilen getrennt die Direktkandidaten, Kreistagskandidaten und die anteiligen Reserveliste-Mitglieder benennen sollten. Später sollte die Generalversammlung die Ergebnisse sanktionieren. ... Den ersten Knall gab es bereits bei der Eröffnung, als Vorsitzender Willi Roth sich gegen einen Telefonanruf von Leonhard Esser verwahrte und in diesem Zusammenhang die Vertrauensfrage zu stellen drohte. Als dieses Vorgefecht etwas abgeklungen war, kam der angeführte Antrag zur Sprache. In harten Rededuellen, meist zwischen dem Antrags-Befürworter L. Esser und dem Vorsitzenden, dem JU-Chef Imkamp, dem Verwaltungsbeauftragten Endepohls („Herr Staatskommissar“) explodierten die Sprengsätze. Da es nicht an Unterstellungen mangelte, wurden auch persönliche Erklärungen abgegeben“⁷². Letztlich wurde der Antrag der alten Waldnieler CDU-Fraktion abgelehnt und der von der gemeinsamen Kommission ausgearbeitete Vorschlag für die Wahl zum ersten Gemeinderat der Gemeinde Schwalmtal angenommen. Bei der Wahl der Kandidaten für den Kreistag wurde für den Wahlbezirk Amern Leonhard Paschmanns, der Amern bisher im Kreistag vertreten hatte, ohne große Diskussion nominiert. Die Kandidatenwahl für den Kreistagsbezirk Waldniel brachte dann den Paukenschlag. Hier wollte Leonhard Esser, der bisherige Waldnieler Fraktionsvorsitzende, gewählt werden. Sein Gegenkandidat war der Vorsitzende der JU, Heinz-Ludwig Imkamp, der bisher noch kein politisches Mandat innegehabt hatte. Die vorherige harte und teils ins Persönliche gehende Auseinandersetzung und die dadurch immer noch brodelnde Stimmung bestimmten die Diskussion zur Kandidatenkür und völlig überraschend und spektakulär wurde Heinz-Ludwig Imkamp mit 69 Stimmen zum Kandidaten für den Waldnieler Kreistags-Wahlbezirk gewählt.

⁷¹ KAV, Bestand KK, Nr. 10832, Bl. 3

⁷² Ebenda, Bl. 7

Sein Gegenkandidat, Leonhard Esser, bisher Fraktionsvorsitzender der CDU Waldniel, erhielt nur 22 Stimmen. Ein Hammer!

Doch das war noch nicht das Ende der unrühmlichen Nebenerscheinung zur Geburt der neuen Gemeinde, wo wohl noch geklärt werden musste, wer denn nun wirklich der „Hahn auf dem Mist war“. Am 21. Januar 1970 wandte sich Leonhard Esser schriftlich an den Innenminister und legte Beschwerde ein gegen den „von Ihnen ernannten Beauftragten für die Angelegenheiten der Verwaltung der Gemeinde Schwalmthal, Herrn Johannes Endepohls“ wegen seines Verhaltens in der Generalversammlung der CDU am 16. Januar 1970. „Herr Beauftragter Endepohls“ sei gleichzeitig Wahlleiter in der Gemeinde Schwalmthal und habe seines Erachtens die erforderliche Neutralität nicht beachtet. Und das gleich in mehreren Fällen: „Gleich zu Beginn der Sitzung versuchte er mit der Erklärung, „ich habe einen langen Tag hinter mir“ die kaum begonnene Debatte mit dem Antrag auf Schluss der Debatte abzuwürgen. Während der Diskussion ließ Herr Endepohls sich dazu hinreißen, zu erklären, dass eine Zusammenarbeit mit mir als Fraktionsvorsitzender in Zukunft nicht möglich sei. Die Anträge, die von meinen Freunden und mir gestellt wurden, liegen diesem Brief bei. Ebenso ein Ausschnitt aus der Rheinischen Post. Wir bezweckten eine korrekte Sitzverteilung, 11:16 ...; Herr Endepohls forderte eine Sitzverteilung 1:1. Meinen Eindruck, dass der zukünftige Gemeindedirektor sich seinen Rat selbst aussucht, habe ich nicht verschwiegen. Ich überlasse es Ihnen, festzustellen, ob der Wahlleiter einer Gemeinde bei der Auswahl der Kandidaten einen derartigen Einfluss nehmen darf. Ich fühle mich jedenfalls durch den Herrn Beauftragten und Wahlleiter erheblich behindert“.⁷³

Natürlich musste Endepohls zu dem Brief Stellung nehmen. In seiner Antwort vom 4. Februar 1970 heißt es: „An der Hauptversammlung des Ortsverbandes Schwalmthal der CDU vom 16. Januar 1970 habe ich nicht in meiner Eigenschaft als Verwaltungsbeauftragter oder Kommunalwahlleiter, sondern als Parteimitglied teilgenommen. ... Die Versammlung ... konnte ich aus beruflichen Gründen leider erst mit einer Verspätung von 45 Minuten besuchen. Es herrschte eine äußerst gereizte Stimmung. Unser Vorsitzender, Herr Roth, hatte sich gerade gegen scharfe Angriffe des Herrn Esser zur Wehr gesetzt und die Vertrauensfrage gestellt. Augenblicklicher Versammlungsleiter war der stellvertretende Vorsitzende, Herr Jacobs. Die Versammlung sprach Herrn Roth mit einer überwältigenden Mehrheit das Vertrauen aus, worauf dieser wieder die Versammlungsleitung übernahm. ... Es kam nunmehr der Antrag der ehemaligen Ratsfraktion Waldniel zur Sprache. Hier kam es zunächst zu starken Äußerungen des Unwillens von Versammlungsteilnehmern, als der ehemalige Bürgermeister von Waldniel, Herr Jennissen erklärte, dass er diesen Antrag gar nicht unterschrieben habe. Als eine nicht enden wollende Geschäftsordnungsdebatte zu entstehen drohte, habe ich mich zu Wort gemeldet und erklärt, dass ein Verfahren entsprechend dem Punkt 1 des Antrages nach der Satzung unserer Partei rechtlich nicht möglich ist, da wir im Gegensatz zu anderen Ortsverbänden bereits seit zwei Jahren zu einem einheitlichen Ortsverband zusammengeschlossen sind und eine Kandidatenwahl daher nur von der Hauptversammlung insgesamt möglich ist. Ich habe unter Hinweis darauf, dass ich einen harten Arbeitstag hinter mir hatte ... sowie mit Rücksicht auf die umfangreiche Tagesordnung (insges. 18 Wahlgänge) den Antrag gestellt, die Debatte zu beenden und in die Tagesordnung einzutreten... Herr Esser entgegnete darauf: „Sie wollen sich Ihren Gemeinderat wohl selbst aussuchen.“ Er erklärte etwa sinngemäß, ich hätte in der Parteiarbeit „nicht mitzumischen“. Er titulierte mich mit „Herr Staatskommissar“ und versuchte, mich vor der Versammlung lächerlich zu machen. Es kam daraufhin zu tumultartigen Szenen in der Versammlung, wobei sich der Unmut der Versammlungsteilnehmer gegen Herrn Esser richtete. Um die Gemüter wieder zu beruhigen, habe ich Herrn Esser erklärt,

⁷³ KAV, Bestand KK, Nr. 10832, Bl. 2

dass ich mich im Falle einer Wahl zum Gemeindedirektor der neuen Gemeinde Schwalmtal bemühen würde, mit allen Kandidaten, welche die Parteien mir vorsetzten, eng zusammenzuarbeiten. Dies gelte auch für ihn, wenn er in den Rat käme. Sollte die Fraktion der CDU ihn jedoch zum Fraktionsführer wählen, so wäre ich allerdings bereit, bei der Verschiedenartigkeit unserer Auffassung über die Art und Weise, wie man sich im politischen Raum zu bewegen habe, die Konsequenzen zu ziehen. Die Versammlung beruhigte sich nach dieser Erklärung. ... Der Antrag der Ratsfraktion Waldniel wurde daraufhin in geheimer Abstimmung mittels Stimmzettel mit 70 gegen 20 Stimmen abgelehnt. ... (Bei der anschließenden geheimen Wahl der Kandidaten für den Kreistag erhielt Herr Esser 22 Stimmen, sein Gegenkandidat der JU 69 Stimmen.) ... Es handelt sich in vorliegendem Falle also um eine rein parteiinterne Angelegenheit. Im Übrigen hat sich nur Folgendes ereignet, was man heutzutage in allen Parteien antrifft: Die nachdrängende junge Generation hat einen Politiker, der bisher in der Verantwortung gestanden hat, auf demokratische Art abgewählt. Dieser Vorgang bei uns unterscheidet sich von anderen Vorgängen nur dadurch, dass ...“ Hier folgen noch ein paar wenig freundliche Worte über Leonhard Esser, aber die wollen wir lieber in den alten Akten ruhen lassen⁷⁴.

Bei der Kommunalwahl am 15. März erhielt die CDU 14 Sitze, die SPD 5, der Bürgerblock 5, die CWG 2 und 1 Mandat war unabhängig⁷⁵. Wie zuvor vereinbart wurde Heinrich Jennissen, der bisherige Bürgermeister von Waldniel, zum ersten Bürgermeister und der ehemalige Gemeindedirektor von Amern, Hans Endepohls, zum ersten Gemeindedirektor der neuen Gemeinde Schwalmtal gewählt. Leonhard Esser, bis dahin dominanter Fraktionschef der Waldnieler CDU und energischer Widersacher des neuen Gemeindedirektors, kam nicht mehr in den neuen Gemeinderat. Die Position als Fraktionsvorsitzender der CDU übernahm Dr. Eduard Bühl, bis dahin Fraktionsvorsitzender der Amerner CDU. Die Arbeit in und für Schwalmtal konnte beginnen. Der bisherige Bürgermeister von Amern, Anton Tacken, konnte den Erfolg seiner intensiven Mitarbeit am Gelingen der Fusion der beiden Gemeinden leider nicht mehr miterleben. Er war am 10. Juli 1969 verstorben.

Aus heutiger Sicht

Rückblickend auf 50 Jahre Gemeinde Schwalmtal fragt es sich, was der Zusammenschluss der beiden Gemeinden gebracht hat. Ausgangspunkt waren zwei Gemeinden, die beide nicht die Kraft hatten, die Zukunftsaufgaben alleine zu bewältigen. Dann gab es zwei Gemeindedirektoren mit klarem Blick für die Schwächen der eigenen Gemeinde, die den Realitäten eine Zukunftsorientierung entgegensetzten. Zwei Bürgermeister, ruhig, besonnen und sachbezogen ließen sie sich von ihren Gemeindedirektoren überzeugen, bis sie dann selbst „Feuer fingen“ und den Zusammenschluss zu ihrer Herzenssache machten. Und schließlich zwei Gemeinderäte, die – zunächst vielleicht mit einer gehörigen Portion Skepsis und Zurückhaltung, dann aber doch vertrauensvoll und engagiert - mitgearbeitet haben, um gemeinsam einen historischen Wendepunkt zu setzen.

Vieles ist seitdem geschehen. Schwalmtal hat sich seit dem Zusammenschluss stark verändert, doch die meisten Ortsteile und Sektionen haben ihr Eigenleben bewahrt. Und das ist auch gut so. Wenn auch vielleicht nicht alles so gelaufen ist, wie es sich die Väter der Vereinigung gewünscht hätten, überwiegen doch die Vorteile bei weitem, wenn man weiß, dass man mit den Infrastrukturangeboten der großen Städte nicht mithalten kann und muss. Wer meint, mit der

⁷⁴ Ebenda, Bl. 10 ff

⁷⁵ Wilhelm Tirthey war zunächst als Spitzenkandidat für die SPD angetreten, hatte dann aber Partei und Fraktion verlassen.

Entwicklung Schwalmtals unzufrieden sein zu müssen, der sollte sich selbst ehrlich die Frage beantworten, ob Amern oder Waldniel heute genauso aussähen und die Lebensqualität genauso hoch wäre, wenn sie gegen ihren Willen als abseits liegende Ortsteile an Dülken oder Mönchengladbach angekoppelt worden wären.

Es war also schon ganz schön clever von den Amernern, dass sie sich quasi im Handumdrehen die Vorstellungen des OKD zum Zusammenschluss mit Waldniel zu eigen gemacht und alles daran gesetzt haben, so schnell wie möglich „Nägel mit Köpfen“ zu machen.

Seit dem freiwilligen Zusammenschluss sind wieder viele zusätzliche Aufgaben auf die Gemeinde zugekommen. Die Gesetzgebung in Bund und Land verpflichtet die Kommunen immer wieder, neue Aufgaben zu übernehmen, ohne dass es dafür einen Kostenausgleich gibt, wodurch nicht nur Gemeinden in der Größe von Schwalmtal schon lange an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gestoßen sind. Geht man von den Überlegungen der Landespolitiker in den 1960er Jahren aus, müsste es eigentlich heute wieder eine Neugliederung der Kommunen geben. Doch nach den teilweise bitteren Erfahrungen aus den 1970er Jahren traut sich hier keiner mehr heran. Zum Glück für uns, denn dann wäre unsere Eigenständigkeit für immer verloren und Schwalmtal ginge in einem anonymen, unübersichtlich großen Verwaltungsgebilde unter. Seien wir also stolz auf das, was die handelnden Personen in den Jahren 1967 bis 1970 erreicht und andere weiterentwickelt haben. Auch wenn die Amerner immer Amerner bleiben und die Waldnieler immer Waldnieler: Seien wir gemeinsam stolz auf unser Schwalmtal und ehren wir durch die Nennung ihrer Namen nochmals die Männer, die seinerzeit Mut bewiesen und Geschichte geschrieben haben, die Gründerväter der Gemeinde Schwalmtal. Sie haben Amern und Waldniel vor der geschichtlichen Bedeutungslosigkeit bewahrt. Es waren:

aus Amern:

Anton Tacken, Bürgermeister, Josef Jacobs, Bürgermeister nach dem Tode von Anton Tacken, Dr. Eduard Bühl, Willi Arretz, Johannes Brudermanns, Franz Joerihsen, Josef Nauen, Peter Nellehsen, Matthias Pooten, Johannes Rosendahl, Otto Sauer, (alle CDU), Günther van de Flierdt, Ernst Beiten, Karl-Willi Boots, Willi Rosendahl, Heinz Schroers, (alle CWG), Eduard Kühnel, Paul Cüppers, Joachim Meerkamp, Hans Schlutzkus, (alle SPD), Hans Endepohls, Gemeindedirektor.

aus Waldniel:

Heinrich Jennissen, Bürgermeister, Wilhelm Berchem, Leonhard Esser, Eduard Joebges, August Ostermann, Michael Pillen, Hans Strakeljahn, Willi Wolters, (alle CDU), Willi Ahlers sen., Willi Ahlers jun., Helmut Ahlers, Alex Friesen, Günter Stuhlweißenburg, Wilhelm Tirthy, Heinz Windeln, (alle SPD), Eduard Königs, Richard May, Leo Schmitz, Johannes Schöndelen, (alle BB), Wilhelm Engbrocks, Gemeindedirektor.

Ihnen folgten die Männer der ersten Stunde, des ersten Schwalmtaler Gemeinderates:

Heinrich Jennissen, Bürgermeister, Dr. Eduard Bühl, Johannes Claßen, Norbert Dornieden, Josef Jacobs, Eduard Joebges, Franz Joerihsen, Josef Nauen, Michael Pillen, Günter Renkes, Hans-Günter Schürholz, Gerd Steffens, Jakob Theissen, Willi Wolters, (alle CDU), Eduard Königs, Konrad Rosendahl, Leo Schmitz, Johannes Schöndelen, Willi Wallrafen, (alle BB), Rolf Fischerkeller, Willi Rosendahl, (beide CWG), Willi Tirthy (unabhängig), Eduard Kühnel, Paul Cüppers, Werner Heidrich, Helmut Hildisch, Joachim Meerkamp, (Alle SPD), Hans Endepohls, Gemeindedirektor.